



**rund-
schreiben
04/18**

Mexiko: Selbstermächtigung der Migranten
Brasilien: Ende der Demokratie?
Indonesien: Selbsthilfe bewährt sich

4	Kommentar: Monströse Zeiten
8	Mexiko: Karawane? Exodus!
14	Nicaragua: Neuer Horizont
20	Brasilien: Ende der Demokratie?
24	Südosttürkei: Häuser der Hoffnung
26	Kurdistan-Irak: Kulturfestival in Kifri
30	Projekte - Projektionen
32	Indonesien: Nach der Katastrophe
36	Niger: Gegen das Sterben in der Wüste
38	Ägypten: Perspektiven für Geflüchtete
42	Partnertreffen in Jordanien und Südafrika
47	Neue Web-Reihe: Von den Enden der Welt
50	medico aktiv
52	Materialliste, Service, Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

anlässlich des 50-jährigen Jubiläums von medico international hatten wir uns in diesem Jahr viel vorgenommen: Wir wollten 2018 vor allem nutzen, um uns den vielen neuen Herausforderungen, die es mit dem globalen Aufschwung des Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus gibt, konzentriert zu nähern. Deshalb haben wir gemeinsam mit der Goethe- und der Humboldt-Universität im Frühjahr die große Emanzipationskonferenz organisiert, die „1968“ und die emanzipatorischen Ideen von damals wiederaufrufen und auf die Zukunft hin neudenken sollte. Klar wurde: Emanzipation global zu verstehen bedeutet heute, es mit all den Herrschaftsverhältnissen aufzunehmen, die Stephan Lessenich als Externalisierungsgesellschaft, Ulrich Brand als imperiale Lebensweise und Achille Mbembe als Politik der Feindschaft beschreiben. Die kritische

Theorie um das postkoloniale Denken zu erweitern, gehe mit der Herausforderung einher, so Sabine Hark, Solidarität mit Menschen zu üben, die uns gänzlich fremd sind. Das kann nur gelingen, wenn wir den uns eigenen kolonialen Blick verstehen und überwinden lernen.

Fortgesetzt hat sich diese Debatte in mehreren Regionaltreffen, die es so auch noch nicht gegeben hatte: Auf drei Kontinenten haben sich medico-Partnerorganisationen aus unterschiedlichen Ländern getroffen und gemeinsam mit uns über Strategien, Schwierigkeiten und Perspektiven ausgetauscht. Von den letzten beiden Treffen berichten wir in diesem Heft. Ihre Wirkung und eine mögliche Fortsetzung sind Teil eines Prozesses der Weiterentwicklung und – wo nötig – neuen Ausrichtung von medico.

Das neue medico-Haus in Frankfurt hat sich durch unzählige Veranstaltungen und Ausstellungen zu einem regionalen Treffpunkt und Denkort entwickelt. Dabei haben wir auch stets um Unterstützung für den medico-Ansatz von Hilfe und Solidarität geworben, der sich nicht darauf beschränkt, der Spenderin oder dem Spender ein gutes Gewissen ohne politische Kontextualisierung zu beschern. Unser Ziel, 500 neue Fördermitglieder zu gewinnen, ist auch dank Ihrer Unterstützung erreicht. Dieser Erfolg macht uns Mut, den Weg eines kritischen Denkens und Handelns weiterzugehen, der Hilfe zugleich verteidigen, kritisieren und überwinden will.

2018 war auch ein Jahr vieler Debatten und Konflikte. Der Aufruf „Solidarität statt Heimat“, den medico mit ins Leben gerufen hat, erhielt große Unterstützung, aber auch viel Widerspruch. Ähnlich war es mit der Verteidigung des demokratischen Anliegens im syrischen Aufstand. All das ist Teil einer lebendigen Debattenkultur und einer Suchbewegung nach Antworten auf die komplexen Gemengelagen, in denen wir uns heute bewegen. Wenn Sie aber nun das Weihnachtsrundsreiben lesen – und ich lege es ihnen wirklich ans Herz –, werden Sie sehen, wie nah sich medico und damit all die Kolleginnen und Kollegen an der Wirklichkeit jenseits der privilegierten Zonen bewegen. Diese Perspektive macht es möglich, in der Unerträglichkeit des Weltgeschehens die Risse und Brüche zu entdecken, die eine Zukunft mit einem menschenwürdigen Dasein für alle möglich erscheinen lässt. Es ist viel zu lesen, aber es lohnt sich.

Herzlichst Ihre




Ein honduranischer Junge im Süden Mexikos. Mit Tausenden zieht er gen Norden, auf der Flucht vor Gewalt, Armut und Ausweglosigkeit. Die Ärmsten üben Selbstermächtigung in unserer Zeit der Monster.

Monströse Zeiten

Bedrohung der Demokratie: Wie kann ein Aufbegehren gegen Zerstörung und Todes- kult aussehen?

Von Thomas Gebauer

„Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.“ Diese bemerkenswerte Diagnose schrieb Antonio Gramsci, der von den italienischen Faschisten verfolgte Politiker und Philosoph, noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges: sie geht heute um die Welt. Graswurzelbewegungen in Lateinamerika beziehen sich auf sie, kritische Wissenschaftler im Nahen Osten, Menschenrechtsaktivistinnen in Asien, die medico-Partner in Afrika. Und sie alle können die gesellschaftlichen Pathologien, mit denen sie sich herumzuschlagen haben, sehr genau benennen. Wahre Monster haben sich ihnen, die auf das Neue drängen, in den Weg gestellt und sorgen heute landauf, landab für Unheil.

Kriminelle Banden, wie die Maras in Mittelamerika, die das Scheitern nationalstaatlicher Institutionen nutzen und heute große Teile des Subkontinents terrorisieren; Privatarmeen, die in wachsenden rechtsfreien Räumen den rücksichtslosen Raubbau an Mensch und Natur absichern; religiöse Fundamentalisten, die mit Gewalt und überkommenen Dogmen alle sich öffnenden politischen Räume ersticken; rechtspopulistische Bewegungen und Parteien, die die heute gegebene Möglichkeit des „Weltweit-Werdens“ der Welt im Heil rassistisch aufgeladener Nationalismen zunichtemachen. So verschieden die Gestalt der heutigen Monster ist, verweisen sie doch auf eine gemeinsame

Wurzel: auf die Krise der Demokratie, die sich im Zuge der Globalisierung dramatisch verschärft hat.

Denn globalisiert hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten nur die ökonomische Macht, nicht aber die demokratischen Verhältnisse. Auf prekäre Weise scheint Demokratie heute aus der Zeit gefallen zu sein. Statt auf drängende Fragen, wie den globalen Klimawandel oder die weltweite Migration, nach transnationalen Antworten zu suchen, bleibt sie im Nationalen verhaftet. Wenn der Blick über die Landesgrenzen hinausreicht, dann nur um den eigenen Standort zu sichern. Das aber heizt die Krise nur weiter an; wirkliche Auswege werden so dauerhaft verstellt. Was bleibt, ist die Radikalisierung des Bestehenden, der Rückfall in autoritäre Herrschaftsformen, die rechtsradikale Wende, mit der die Verantwortung für die anhaltende Misere ausgerechnet denen zugeschrieben werden kann, die am meisten unter den negativen Folgen der Globalisierung leiden.

Beispiel Honduras: Nicht die neoliberal erzwungene Schwächung der dortigen öffentlichen Institutionen gilt als die Bedrohung, nicht die Drogenkartelle und kriminellen Banden, die sich in der Folge als Staat im Staat entwickeln konnten, sondern die Menschen, die sich nicht länger der Willkür der Drogenkartelle und der kriminellen Banden ausliefern wollen. Zu Tausenden haben sie sich auf den langen Marsch durch Mexiko in die USA gemacht; ein Fanal,

das dem Todeskult der Banden ein unübersehbares Bekenntnis zum Leben entgegengesetzt. Die Antwort Donald Trumps: Mit den Flüchtlenden drohe die Zersetzung der USA; Terroristen, Drogenhändler und Kriminelle seien im Anmarsch; Soldaten müssten aufmarschieren.

Auch der gerade gewählte Präsident Brasiliens, Bolsonaro, macht keinen Hehl aus der Missachtung moralischer und demokratischer Grundfeste. Auch er stößt effektiv ins rechtspopulistische Horn. Was ihn mit anderen Rechtspopulisten eint, ist die Bereitschaft zur Vernichtung politisch Andersdenkender, die wahnhaftige Erzwingung von Gefolgschaft, aber auch die Nähe zu einer eigentümlichen Form gewaltbereiter Männlichkeit. Die reicht von machohafters Selbstinszenierung über die Herabwürdigung von Frauen bis hin zur Verharmlosung von Diktatur und Vergewaltigung.

Nicht von ungefähr erinnern solche Haltungen an die Männerbünde, die im ausgehenden deutschen Kaiserreich als Reaktion auf die sich damals ereignenden gesellschaftlichen Umwälzungen entstanden. Erstmals drangen Frauen in die Öffentlichkeit; die Psychoanalyse begann das Tabu Sexualität zu erforschen; Kunst und Kultur beschritten ungewohnte neue Wege und mit der Entmystifizierung des soldatischen Handelns im Ersten Weltkrieg machten sich schließlich auch pazifistische Bestrebungen breit.

Die befreiende Zivilisierung der Gesellschaft aber führte auch zu Verunsicherungen; alte Hierarchien bröckelten, überkommene Geschlechterrollen wurden in Frage gestellt. Nicht wenige Männer suchten Zuflucht in revanchistisch gesinnten Männerbünden. Dort konnte ein Männlichkeitsbild wiedererstarken, das alles Friedfertige, Demokratische und Weibliche ablegte und schließlich mithilfe, den erkämpften politischen und kulturellen Aufbruch wieder ab-

zuwürgen. Die weitere Geschichte ist bekannt; sie führte direkt in den Faschismus.

Man wolle „weg vom linksrotgrün-verseuchten 68er-Deutschland“, tönt es heute in der AFD; man wolle für die „Entsiffung des Kulturbetriebes“ sorgen. Die Monstrosität dieses Programms ergibt sich bereits aus der Ableitung des Wortes „Siff“ von „Syphilis“. Schon im Kaiserreich wurde die Angst vor Syphilis genutzt, um vor der Dekadenz des zivilisatorischen Fortschritts zu warnen. Angeblich verbreiteten Zuwanderer die Syphilis, die Juden, die Frauen. Nur über die Bekämpfung der Zivilisation selbst gelinge die Bekämpfung der Syphilis, die – mit Blick auf Frankreich als Hort so revolutionärer Ideen, wie der universellen Menschenrechte – nicht zufällig auch „Franzosenkrankheit“ genannt wurde. Wer von 68 weg will, der will auch vom kulturellen Aufbruch weg, der mit 68 verbunden ist, von den damals in den USA erkämpften Bürgerrechten und Diskriminierungsverboten, den größer gewordenen Chancen von Frauen, der gesellschaftlichen Liberalität und moralischen Ächtung von Kriegen.

Schauen wir genauer hin, ist die Demokratie nicht zu Ende, sondern nur blockiert. Ihrer Krise entgegenzutreten, erfordert die Schaffung eines neuen transnationalen Gefüges, in dem der demokratische Prozess einen zeitgemäßen Raum finden kann. Notwendig ist die Entfaltung einer politischen Vision, die sich nicht damit begnügt, nur ein paar soziale Stellschrauben im eigenen Land neu justiert zu haben. Um zu neuen transnationalen Übereinkünften und Institutionen zu kommen, ließe sich dort anknüpfen, wo der demokratische Prozess noch immer (bzw. wieder) vital ist.

In Deutschland beispielsweise an den Demonstrationen und Kundgebungen der „unteilbar!“-Bewegung, die im Oktober 2018 250.000 Menschen auf die Straßen Berlins brachte, ein bunt

sich zusammenfügendes Gebilde von Initiativen, die sich für Weltoffenheit, die Bewahrung der Umwelt, für menschenwürdiges Wohnen, neue Beziehungen zwischen den Geschlechtern und vieles andere engagieren, eine Kraft, ohne die sich die Monster der Gegenwart nicht werden vertreiben lassen.

Im nordirakischen Kifri, aber auch in Mossul, der zweitgrößten Stadt des Irak, betreiben heute Jugendliche Cafés und Zentren, in denen sie dem von machtbesessener Zerstörungswut geschundenen Land mit Theater, Musik und Bücherfestivals die Chance für einen Neuanfang geben wollen. Alle wissen um die Bedeutung, dabei mit anderen jungen Erwachsenen in den Anrainerstaaten in Kontakt zu kommen. Sie darin zu unterstützen, ist von größter Bedeutung. Der Geist des IS sei im Verborgenen noch immer wirksam, sagen sie. Es wird lange brauchen, die Gespenster des Terrors zu bekämpfen.

Mit einem „March for our lives“ gingen im Frühjahr 2018 Hunderttausende von US-amerikanischen Schülerinnen und Schülern auf die Straße, die – begleitet von Solidaritätsdemonstrationen in über 40 Ländern – wirksame Einschränkungen des Waffenbesitzes forderten, ein weiteres Fanal gegen den Totenkult, der auch die Geschäfte der Waffenindustrie in Gang hält.

Wenig später brach der Protest der Studierenden in Nicaragua los. Ihre Forderung nach größeren politischen Freiheiten richtet sich gegen ein Regime, das zwar einige soziale Errungenschaften vorzuweisen hat, sich aber mehr und mehr als Entwicklungsdiktatur erwiesen hat und den Protest inzwischen mit paramilitärischen Schlägertrupps niederzuknüppeln versucht, die Erinnerungen an überkommen geglaubte Totenschwadronen wach werden lassen.

Wie in vielen anderen Ländern der Welt ist in Nicaragua die Balance zwischen Freiheit und

Sicherheit in eine Schiefelage geraten. Das Bemühen um Sicherheit dient immer weniger einem gesellschaftlich garantierten Schutz der Menschenrechte, sondern verkommt zur Absicherung von Privilegien und partikularen Machtinteressen.

Deshalb gehört zu den zentralen Themen, die sich dem demokratischen Prozess heute stellen, die Frage, wie die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit unter Maßgabe globalisierter Weltverhältnisse (neu) gefunden werden kann. Auch dabei ließe sich anknüpfen an dem, was schon ist. An den Ideen für neue transnationale Institutionen, wie einer globalen Bürgerversicherung etwa, oder an dem Drängen von Hunderten von Graswurzelorganisationen, sozialen Bewegungen, Bauernverbänden und Gesundheitsinitiativen aus aller Welt auf ein internationales Abkommen, das Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet. Die Forderung nach einer solchen Übereinkunft wurde zuletzt immer lauter; umso peinlicher, dass die Bundesregierung bremst.

Die Demokratie heute zu verteidigen, heißt, sie im globalen Kontext neu zu denken. Nur so lässt sich den finsternen Zeiten begegnen, nur so die Geburt des Neuen, das Bekenntnis zum Leben, solidarisch feiern.



Karawane? Exodus!

Jeden Tag kommen bis zu 1.200 Menschen aus Zentralamerika über die mexikanische Grenze. Neu ist, dass die Menschen sich zusammenschließen und gemeinsam auf den Weg machen. Als Karawane setzen sie die Gesetze des gefährlichen Transits durch Mexiko außer Kraft, sie treten aus der Unsichtbarkeit. Die Gruppe bietet Schutz vor der Migrationspolizei und den Drogenkartellen.

Das Camp der mittelamerikanischen Geflüchteten in Juchitán, Oaxaca, Ende Oktober 2018.



Foto: Fred Ramos

Migration durch Mexiko. Aus vielen Einzelnen sind Gruppen geworden: Moritz Krawinkel hat die aktuell größte Karawane begleitet

435 Kilometer. So weit ist die mexikanisch-guatemaltekeische Grenze von der Stadt Juchitán im Bundesstaat Oaxaca entfernt. 435 Kilometer haben der 30-jährige Jaime und seine 22-jährige Frau Marlene bereits mit ihren kleinen Kindern Isaia und Naomi auf mexikanischem Boden zurückgelegt. Ihr Ziel sind die USA, die noch immer 2.500 Kilometer entfernt sind. Zusammen mit sechs anderen Erwachsenen und einem weiteren Kind haben sie vor einigen Wochen in Usulután in El Salvador alles stehen und liegen gelassen, um sich der Karawane der Menschen aus Honduras anzuschließen, die Mitte Oktober 2018 in San Pedro Sula gestartet war. Inzwischen umfasst sie rund 7.000 Menschen, zwei weitere große Gruppen folgen.

Nach Stationen in Chiapas und kleineren Orten in Oaxaca ist die Karawane am 30. Oktober in Juchitán de Zaragoza angekommen. Schon bevor ich in die Propellermaschine steige, die zwei Mal täglich von Mexiko-Stadt nach Juchitán fliegt, werde ich von einem Kollegen gewarnt, der in Oaxaca lebt: Die Stadt ist eine der gefährlichsten Mexikos, die Mordrate ist fast 80-mal so hoch wie in Deutschland und übertrifft selbst die Zahlen in den mittelamerikanischen Ländern, aus denen die Menschen der Karawane flüchten.

Die Gewalt mag in Juchitán allgegenwärtig sein, sichtbar ist sie auf den ersten Blick nicht. Vor allem nicht in dem improvisierten Camp, das die Stadtverwaltung auf dem Gelände des nie fer-

tiggestellten neuen Busbahnhofs errichtet hat. Tausende Menschen nutzen hier jeden sich bietenden Schatten. Vor der sengenden Sonne und Temperaturen bis zu 35 Grad suchen die Menschen Schutz, wo immer er sich bietet: unter selbst gebastelten Tarps aus Plane, unter viele Meter langen Zeltbahnen, in den Durchgängen des Bus-Terminals. Da sind Familien, händchenhaltende Paare, Gruppen und allein Reisende. Bei fast allen sind die Schuhe längst abgenutzt und die Füße mit Blasen übersät.

Friseursalon im Lkw

Zum ersten Mal seit ihrem Aufbruch werden die Menschen hier improvisiert, aber professionell versorgt. Es gibt eine Ambulanz und eine Apotheke, die Stadtverwaltung liefert Wasser für die Duschen und um das Wenige, das die Menschen mit sich haben, zu waschen. Immer wieder bilden sich lange Schlangen vor Pick-Ups, von denen Essen oder Hygieneartikel verteilt werden. Fast immer ist es eine lange aus jungen Männern und eine kürzere aus Frauen und Kindern. Auch wenn es manchmal nur um ein kleines Sandwich geht, diszipliniert warten sie auf die Ausgabe, rufen immer wieder „¡fila!“ („Stell dich in die Reihe!“), wenn jemand vorzudrängeln versucht. Einige junge Männer spielen Fußball, andere Karten. Die Kinder werden von einer NGO mit Hula-Hoop-Reifen versorgt. Im Laderaum eines LKW ist ein Friseursalon eingerichtet.

Der 24-jährige Yesman aus Honduras sitzt in einem Durchgang des Bus-Terminals. Sein Ziel, wie das Ziel aller hier, sind die USA, ganz gleich, wo dort. Yesman, der sich den Witz nicht nehmen lässt, seinen Namen ins Spanische zu übersetzen („Si, Señor“) erzählt, dass er von den Maras – die berüchtigten mittelamerikanischen Banden – in San Pedro Sula bedroht worden ist, nachdem sie ihn als Späher anwerben wollten. Hals über Kopf ließ er seine Frau und seinen dreijährigen Sohn zurück. Hinzu kommt, dass sein Einkommen nach einem langen Arbeitstag an einer Kartonmaschine einfach nicht zum Leben für eine Familie gereicht habe. Auf die Karawane ist er über die Medien aufmerksam geworden. Wer den Aufruf zum gemeinsamen Aufbruch gestartet hat, bleibt im Dunkeln. Spekulationen gibt es viele: Bis hin zu der These, dass die CIA dahintersteckt, um Trump Futter für den Midterm-Wahlkampf zu geben. Doch selbst wenn: Die Verdichtung der massenhaften Migration aus Mittelamerika zu einer großen Karawane schafft eine Öffentlichkeit für die Lage in den Ländern des „Triángulo Norte“ Honduras, Guatemala und El Salvador, wie sie selten geworden ist.

Verdopplung der Migration

In Juchitán haben die Menschen das erste Mal seit dem Übertritt der mexikanischen Grenze einen vollen Tag Auszeit. Die meisten nutzen ihn zur Erholung von den Strapazen der langen Fußmärsche. Wer wirklich Langeweile hat, kann sich bei den ebenfalls gelangweilt herumsitzenden Leuten des Grupo Beta, den good cops der Migrationspolizei, über die Möglichkeiten der Rückreise ins Herkunftsland informieren. In manchen Artikeln war zu lesen, dass bereits bis zu 2.000 Menschen davon Gebrauch gemacht haben. Aber Edgar Corzo, Beauftragter für Migration bei der mexikanischen Men-

schenrechtskommission CNDH, meint, es seien eher nur 500 umgekehrt, weil sie selbst oder ihre Kinder nicht mehr durchgehalten haben. Corzo sieht die große Mehrheit als extrem entschlossen. Sie könnten einfach nicht zurück, zu groß sei das Elend, zu real die Bedrohung. Sogar Amputierte, Menschen im Rollstuhl und Schwangere machten sich auf den beschwerlichen Weg. Karawane? Marta Sánchez Soler von der medico-Partnerorganisation Movimiento Migrante Mesoamericano (M3) nennt es einen Exodus. 2017 haben laut UNHCR 294.000 Menschen aus Guatemala, Honduras und El Salvador in den benachbarten Ländern und den USA eine Anerkennung als Flüchtling beantragt, doppelt so viele wie im Vorjahr – und 16-mal so viele wie noch 2011.

„Ich steckte in einer Sackgasse“, erzählt Jaime. Weil er im salvadorianischen Militär gelernt habe, wollten die Maras ihn zwingen, ihre Leute an der Waffe auszubilden. „Vor die Wahl gestellt zwischen der Todesstrafe wegen Landesverrats und dem sicheren Tod, wenn ich mich geweigert hätte, entschieden wir uns für die Flucht“, sagt er. Die ökonomische Situation der Familie – Jaime verdiente in der Herstellung von Baumaterialien knapp zehn Dollar pro Tag – erleichterte die Entscheidung. Jetzt sind Jaime und Marlene mit ihren Kindern und Freunden unterwegs. In einem Buggy und einem Rucksack stecken vor allem Kinderkleidung und eine Erste-Hilfe-Tasche. Stolz erzählt Jaime, dass er sowas wie der Sanitäter ihrer kleinen Gruppe ist. Die Medikamente haben sie gemeinsam gekauft. Jaimes Geschichte ähnelt der von Yesman – und der vieler anderer. Immer wieder nennen die Menschen die gleichen zwei Gründe, die sie zum Aufbruch bewegen haben: die Perspektivlosigkeit aufgrund der ausweglosen ökonomischen Situation in Mittelamerika und die Bedrohung durch die extrem gewalttätigen Gangs. Wie sollte man hier unterscheiden können zwischen denen, die

aufgrund von Verfolgung fliehen, und jenen, die wegen der Perspektivlosigkeit migrieren?

Die Gruppe bietet Schutz

Auch die 58-jährige Gloria Argentina aus dem honduranischen San Pedro Sula hat sich mit ihrem Mann und ihrer 14-jährigen Tochter spontan der Karawane angeschlossen: „In den Nachrichten haben wir davon gehört. Den ganzen Tag über haben wir überlegt, ob wir es wagen sollen. Abends sind wir schließlich in den Bus gestiegen und der Karawane hinterhergefahren.“ Seitdem die Maras vor einigen Jahren versucht hatten, ihren Sohn zu rekrutieren und er in die USA geflohen ist, sei die Familie als intern Vertriebene in Honduras von einer Stadt zur nächsten gezogen. „Wir hatten immer Angst“, sagt Gloria Argentina. Zur Polizei seien sie nicht gegangen, man wisse schließlich, dass viele dort mit den Banden zusammenarbeiten. Auch bei ihr kommt die ökonomische Ausweglosigkeit hinzu: „Unser Land bietet keine Zukunft. Das ändert sich nicht, selbst wenn eine Regierung gute Intentionen hat.“ Der Karawane hat sich Gloria Argentina deshalb angeschlossen, weil die Reise so sicherer ist als allein. Die Alternative hat sie noch vor Augen: Ihr Sohn wurde auf seiner Reise von einem „coyote“, einem Schmuggler, ausgesetzt und dann von einer Schlange gebissen. Von der gemeinsamen Reise in der Karawane versprechen sich alle das gleiche: Schutz und gegenseitige Hilfe.

Dass das funktioniert, bestätigt Marcelino Nolasco vom Menschenrechtszentrum von Tepayec: „Die große Gruppe wird von der Migra, der Polizei zur Bekämpfung der sogenannten illegalen Einwanderung, in Ruhe gelassen. Gefährdet sind die Eiligen, die dem Tross vorausgehen, und diejenigen, die aufgrund von Verletzungen, Behinderungen oder Kindern zu

langsam sind.“ Um letztere kümmert sich Marcelino mit einer Gruppe aus verschiedenen sozialen Organisationen, die die Karawane in Oaxaca begleiten. Die Aktivistinnen und Aktivistinnen verfassen zudem tägliche Berichte und konfrontieren die Behörden mit Forderungen. Wenn gerade keine größere Karawane den Isthmus – also die schmalste Stelle Mexikos – durchquert, klärt Marcelinos Organisation hier über die Menschenrechte auf und verteidigt das Territorium gegen Megaprojekte. Seit fast zwanzig Jahren bedeutet das auf der Pazifikkseite des Isthmus, gegen Konzerne zu kämpfen, die die starken Winde in der Region für riesige Windkraftparks nutzen. „Nichts davon kommt uns zugute“, sagt Marcelino. „Die Gemeinden können nicht wachsen, weil sie von den Parks umgeben sind, der ausgetrocknete Boden taugt nicht mehr für die Landwirtschaft und der Strom ist ohnehin nur Exportgut.“

Nach den verheerenden Erdbeben vom September 2017 sind in Juchitán noch immer viele Ruinen zu sehen. Auch in San Dionisio del Mar, vierzig Kilometer von Juchitán auf einer Landzunge in der Lagune gelegen, wurden die Men-

„Solidarität hat auf dem Isthmus Tradition. Jetzt kommt sie den Migrantinnen und Migranten zugute.“

schen systematisch beim Wiederaufbau benachteiligt. Die Gemeinde ist bekannt für ihren jahrelangen Widerstand gegen die Windkraftparks. Zusammen mit medico Schweiz unterstützt medico international in beiden Städten den selbstorganisierten Wiederaufbau der lokalen Komitees. „Die Solidarität hat hier Tradition“, sagt Marcelino. „Jetzt kommt sie den

Migrantinnen und Migranten zugute.“ Tatsächlich äußern im Camp der Karawane auf Nachfrage alle ihre Dankbarkeit für Geld, Wasser und Essen, das sie geschenkt bekommen. Ob sie denn daran glauben, die USA tatsächlich erreichen zu können? Fast alle antworten mit einem unbezwingbaren Optimismus und einem fast schon sturen Glauben daran, dass Gott ihr Schicksal lenken werde. Am schönsten fasst es Jaime zusammen: „Wir hören, was Trump uns an den Kopf wirft“, sagt er, „aber da stehen wir drüber. Denn das letzte Wort hat Gott.“

Droht die Zersplitterung?

Am 2. November 2018 versprach der Gouverneur von Veracruz den Migrierenden Busse, die sie ins 550 Kilometer entfernte Mexiko-City oder an einen „anderen Ort ihrer Wahl“ bringen würden. Der Druck der mexikanischen Zentralregierung scheint jedoch so groß gewesen zu sein, dass das Angebot zurückgenommen wurde. Stattdessen sollten die Busse die Menschen nun in den Süden von Veracruz fahren. Süden? Undenkbar für die, die nur nach Norden wollen. Es passierte, was passieren musste: Nach dem gemeinsamen Aufbruch der nunmehr über zehntausend Menschen am nächsten Morgen zersplitterte die Gruppe schnell – und das in einer der gefährlichsten Regionen des Landes. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen drei verschwundenen LKW mit knapp 100 Menschen an Bord, die höchstwahrscheinlich an das organisierte Verbrechen übergeben wurden.

Am Tag zuvor hatte Edgar, Vertreter einer Menschenrechtsorganisation aus Veracruz, gesagt, er halte es für gar keine gute Idee, dass die Karawane den Weg durch Veracruz eingeschlagen habe. Die Kartelle würden selbst ganze Gruppen von Migrierenden entführen, um von Verwandten Lösegeld zu erpressen

oder sie für den Drogenkrieg zu zwangsrekrutieren. Auch Raubüberfälle auf die durchreisenden Menschen seien an der Tagesordnung. Erst Anfang September wurde in Veracruz ein Massengrab mit über 170 Toten entdeckt, die dem Krieg der Kartelle zum Opfer gefallen sind. In ganz Mexiko wurden in den letzten zehn Jahren über 1.300 solcher Gräber gefunden.

Inzwischen hat ein Teil der großen Karawane die US-Grenze in Tijuana erreicht, die Menschen suchen nun nach Gelegenheiten zum Grenzübertritt. Und die nächsten Gruppen aus Mittelamerika sind bereits auf dem Weg oder formieren sich. Der Exodus kennt keine Grenzen.

Seit 2010 unterstützt medico international die Arbeit der Migranten-Herberge „La 72“ in Tenosique, nahe der guatemaltekischen Grenze. Ebenso lange fördern wir die Arbeit des Movimiento Migrante Mesoamericano, das Mütter verschwundener Migrantinnen und Migranten bei der Suche nach ihren Angehörigen unterstützt und das Thema in Mexiko sichtbar macht. Die Grundlage der Zusammenarbeit mit dem M3 und der „72“ ist ein politisches Verständnis von Hilfe, das sich in dem Anspruch der Inrechtsetzung von zur Illegalität Gezwungenen ausdrückt.

Spendenstichwort: Mexiko

Neuer Horizont



Alle Fotos: REUTERS/Oswaldo Rivas

Was sehen sie kommen? Demonstranten in Managua, Anfang Oktober 2018.

Nicaragua: Studierende wollen Freiheit und Demokratie. Was können sie gegen die Repression ausrichten?

Von Moritz Krawinkel und Katja Maurer

Eine der jugendlichen Heldinnen des Widerstands gegen die Ortega/Murillo-Regierung in Nicaragua heißt Amaya Coppens. Die Medizinstudentin aus León, die sich mit ausgezeichneten Leistungen im fünften Studienjahr hervortat, war eine der lokalen Anführerinnen der Demonstrationen gegen die immer diktatorischer auftretende Regierung von Daniel Ortega und seiner Ehefrau sowie Vizepräsidentin Rosario Murillo. Amaya Coppens Bild, ihr freundliches Lächeln, umrahmt von dunklen Locken, geistert durch die nicaraguanische Medienlandschaft wie einst Che Guevara. Und dass sie lieber in León, „an der Basis“ bleiben wollte, statt Vertreterin der Studierenden in dem letztlich gescheiterten Dialog mit Ortega zu werden, hat ihr noch mehr Anerkennung eingebracht.

Seit September 2018 sitzt Amaya Coppens isoliert in Untersuchungshaft. Sie ist des Terrorismus angeklagt. Wie vielen anderen zumeist jugendlichen politischen Gefangenen droht ihr eine jahrzehntelange Gefängnisstrafe. Amayas Vater, den es einst als Entwicklungshelfer aus Belgien nach Nicaragua verschlagen hat, sitzt in einem kleinen Büro in Managua. Er mache sich keine Sorgen um seine Tochter, sagt er, als wir ihn zufällig treffen. Sie sei eine sehr starke junge Frau, die sich bewusst für diesen Weg entschieden habe. Trotzdem hat er vorsorglich seine beiden Söhne nach Belgien gebracht. Amaya hingegen hat aus dem Gefängnis ein

Kassiber geschrieben, den ganz Nicaragua kennt. Sie bereue nichts, schreibt sie. Ihr Schicksal als politische Gefangene sei nichts gegen das der Hunderten Familien, deren Angehörige „von der Regierung Daniel Ortegas umgebracht wurden“.

Die Forderung nach Freiheit und einem Ende der autoritären Bevormundung brachte seit dem 19. April 2018 Hunderttausende Menschen in allen Landesteilen auf die Straße, am 30. Mai waren es in Managua vermutlich eine halbe Million. Wochenlang standen vielerorts Barrikaden und es schien, als handele es sich nur noch um Wochen, bis die Ortega-Regierung fällt. In der katholischen Universität Managuas sprechen wir mit einer altgedienten linken Wissenschaftlerin über die Motive des Aufstands. „Die Freiheit“, sagt sie, „hat heute einen viel höheren Stellenwert als früher“. Das sei auch der Ortega/Murillo-Regierung zu verdanken, die glaube, dass die Nicaraguaner nichts weiter seien als „Mägen mit Füßen dran“. Als die Proteste begannen, befand sie sich auf einer Vortragsreise in Costa Rica. Die Nachricht habe sie so erschüttert, dass sie sich kurzzeitig hospitalisieren lassen musste. Die katholische Wissenschaftlerin, deren Namen wir zu ihrem Schutz nicht nennen, beschreibt das System aus Verkehrung von Wahrheit und Lüge so: „Erst bringen sie unsere Jugendlichen um und dann erscheinen sie noch auf deren Beerdigung.“ Sie kommt aus der katholischen Theo-

logie der Befreiung und ist eine der wichtigsten Vordenkerinnen einer sich erneuernden Linken in Nicaragua. Sie kennt keine Denkverbote. Jede Boykottmaßnahme gegen die Ortega-Regierung sei zu begrüßen: „Alles unterhalb einer Intervention.“

Ihre Hoffnung sind die jungen Studierenden, die die Avantgarde des Protestes darstellen. Drei von ihnen, die seit Monaten im Untergrund leben müssen, treffen wir an einem ebenfalls geheimen Ort. Eine von ihnen, eine junge Frau ist kaum 20 Jahre und studierte Ingenieurwissenschaften. Sie beteiligte sich an der Besetzung der Universität in Managua und gehörte zu den hundert Studierenden, die sich auf der Flucht vor den Paramilitärs eine Woche lang mit Todesangst in der Universitätskirche verschanzten. „Draußen hörten wir, wie unablässig geschossen wurde. Wir glaubten nicht mehr, dass wir das überleben würden und ha-

„Wir haben unsere Namen auf Unterarme geschrieben, damit man unsere Leichen leichter identifizieren kann.“

ben unsere Namen auf unsere Unterarme geschrieben, damit man uns wenigstens identifizieren kann.“ Nach einer Woche Todesangst konnten sie lebend die Kirche verlassen. Dutzende Einschusslöcher an der Universitätskirche sind nach wie vor weithin sichtbar. Die Kirche liegt an einer der Hauptverkehrsadern Managuas und ist zu einem Mahnmal für die Repression der Ortega-Regierung geworden. Aber was wollen die jungen Leute? „Wir wollen die toxische Kultur, den Autoritarismus und den Machismus überwinden.“ Die wenigen Monate der Massenproteste haben die jungen

Leute das Konzept des individuellen Glücks gegen einen größeren Horizont von Freiheit und Demokratie austauschen lassen.

Die Zeit der Protestdemonstrationen ist vorerst vorbei, die Repression ist zu stark. Als wir Managua im Oktober verlassen, gibt es einen vorerst letzten Versuch der Opposition zu demonstrieren. Aber die Angst geht um. Auf allen Verkehrskreiseln der Hauptstadt stehen Polizeitruppen, Sondereinheiten der Aufstandsbekämpfung und Paramilitärs. Wie sie in ihren Pick-Ups sitzen, verkünden schon die Gesichter eine Bereitschaft zu jeder Form von Gewalt. An verschiedenen Stellen der Stadt demonstrieren trotzdem kleine Gruppen, darunter viele Frauen. Einige von ihnen werden festgenommen. Als sie von der Polizei verhört werden und die Frage bekommen, zu welcher „terroristischen Bande“ sie gehören, antworten sie: „Zur Bande der roten Lippenstifte“. Am nächsten Tag zeigen sich überall Frauen und Männer mit rotem Lippenstift, Selfies kursieren im Internet.

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung steht hinter der Opposition. Die Leute schauen Oppositionsfernsehsender, hören oppositionelle Radiostationen und singen pathetische Lieder, die rund um die Protestaktionen in kürzester Zeit entstanden sind. Manche stammen noch aus der Zeit, als Lateinamerika gegen die Militärdiktaturen kämpfte. Ja, es gibt regierungskritische Medien, sogar vormals unpolitische Sender wie Radio Corporación wandeln sich zum vielgehörten Resonanzraum der Protestbewegung. Dennoch tritt das Regime die in der Verfassung festgeschriebene Presse- und Informationsfreiheit mit Füßen. Unliebsame Journalistinnen und Journalisten werden von Pressekonferenzen ausgeschlossen, offizielle Informationen werden ihnen vorenthalten, Anfragen ignoriert. Es gibt keine staatliche Zensur, stattdessen Selbstzensur aus Angst vor Schikanen, Jobverlust, körperlichen Angriffen

und Morddrohungen. Patricia Orozco vom Radiosender Onda Local erklärt uns, warum der unabhängige Journalismus dennoch blüht: „Die Essenz des Journalismus ist doch gerade die Kritik der Macht.“

Gegen eine lebendige demokratische Kultur des Widerspruchs setzten Ortega/Murillo die Perfektion eines Repressionsapparats. Gonza-

„300 Ärzte, die dem hippokratischen Eid folgten und Verletzte der Proteste behandelten, wurden entlassen.“

lo Carrión, Anwalt der Menschenrechtsorganisation CENIDH, mit der medico zusammenarbeitet, sagt: „In rechtsstaatlichen Kategorien gesprochen sind die Institutionen des Landes zerstört.“ Er referiert die Zahlen der Repression: 320 Tote, eventuell deutlich mehr, aber das seien die „gesicherten“. Tausende waren in Untersuchungshaft, sind zum Teil gefoltert worden, manchen wurde der Kopf geschoren. Etwa 450 politische Gefangene zählen sie bei CENIDH, die Verfahren entsprächen keinen rechtsstaatlichen Kriterien, auf dünner Grundlage würden Menschen zu 90 Jahren Gefängnis verurteilt. Carrión kennt die Fälle, nennt Namen und Daten, erzählt von einem Enkel, der zusammen mit seinem Opa im berüchtigten Untersuchungsgefängnis Chipote gelandet sei: ein Teilnehmer und ein Enkel der sandinistischen Revolution, die doch gerade mit der Abschaffung der Repressionsapparate der Somoza-Diktatur Vorbildliches geleistet hatte. Inzwischen ist davon nichts mehr übrig. Schon lange sei Nicaragua ein Hybrid aus demokrati-

schen und autoritären Elementen gewesen, inzwischen hat die Ausweitung der Exekutive eine solche Qualität angenommen, dass er sagt: „Nicaragua ist eine Diktatur.“

Wie weit die Repression reicht, zeigt sich am Beispiel des Gesundheitswesens. Fast 300 Ärztinnen und Ärzte wurden in den öffentlichen Krankenhäusern gefeuert, weil sie ihre ärztliche Pflicht taten und Verletzte behandelten. Maria Zúniga, eine langjährige medico-Partnerin vom Gesundheitszentrum CISAS, hat die Details zur Hand: Bis August sind allein 240 Fachärzte entlassen worden. Sie will dies demnächst auf einer Versammlung linker Gesundheitspolitiker Lateinamerikas vortragen, weil da manche noch immer unbeirrt die Ortegas für Linke halten. Nachdem die nicaraguansische Ärzte-Vereinigung gegen die Entlassungen protestierte, seien ihre Repräsentanten ebenfalls gekündigt worden, berichtet die US-Amerikanerin und glühende Anhängerin einer basisdemokratischen Gesundheitsbewegung, die seit 50 Jahren in Nicaragua lebt. Und die Kündigungswelle gehe weiter: „Inzwischen wird das Krankenhauspersonal – von der Fachärztin bis zum Hausmeister – entlassen, wenn sie sich weigern, an den Rotondas Dienst zu tun.“ Gemeint sind die von Ortega/Murillo organisierten Pro-Regierungsdemonstrationen: An jedem größeren Verkehrskreisel in Managua steht regelmäßig ein gutes Dutzend Menschen, abkommandiert zum Fahne schwenken, während eine Musikanlage die Straße mit Revolutionsliedern beschallt.

Das Ortega-Nicaragua ist eine ungeheuerliche Verblendung. In den besseren Vierteln Managuas wachsen modernistische Glaspaläste aus dem Boden, in geschwungenen Wellen spiegeln ihre Fassaden den entfernten Managua-See. Das Bürgertum sitzt in eisgekühlten Cafés vor perfekt angerichteten Cappuccinos und kalorienarmen Salaten. Hier kann man

sich nach New York oder Paris imaginieren und nebenan noch die Edel-Fahrräder kaufen, mit denen man sich fit und schlank hält. Alle größeren Orte im Land sind mittlerweile bequem mit dem Auto zu erreichen über Straßen, auf denen nachts sogenannte Katzenaugen zur Sicherheit für die Fahrer leuchten. Ortega/Murillo und die Reste der sandinistischen Partei

„Nicaragua hat sich systematisch zu einer Entwicklungsdiktatur nach chinesischem Modell gewandelt.“

haben systematisch eine Entwicklungsdiktatur errichtet, die in ihren Methoden an die der KP in China erinnert: Wer sich ihr unterwirft, kann darauf hoffen, irgendwann auch zu profitieren.

Dagegen ist das alte medico-Projekt, das Dorf El Tanque, ein Symbol für eine Entwicklung ohne neoliberale Glanzfassaden. Vor zwanzig Jahren hatten die Bauern beim Hurrikan Mitch viele ihrer Angehörigen, ihre Dörfer und ihre Felder verloren. Nach einer von ihnen organisierten Landbesetzung haben sie mit Unterstützung von medico, darunter auch staatliche deutsche Mittel, ein neues Dorf errichtet. Der Weg führt nach wie vor durch tiefe Löcher, die einfachen Häuser, die vor zwanzig Jahren errichtet wurden, stehen noch. Die Einwohnerzahl hat sich verdoppelt. Traktoren, die damals aus BMZ-Mitteln erstanden wurden, haben neue Reifen bekommen und tun ihren Dienst. Die Kooperative, die ursprünglich nur eine Verkaufskooperative war, produziert mittlerweile auf ansehnlichen 60 Manzanas selbst: Erdnüsse, Mais, Kürbisse und vieles andere. Es ist die letzte verbliebene Kooperative im Landkreis.

Ihr Vorsitzender, Abelardo Mayorga, ein großer, kräftiger Mann mit lauter Stimme, ist stolz auf die Entwicklung. „Wir sind unabhängig.“ Als es wegen der ökonomischen Krise keine Kredite gab, konnte die Kooperative auf eigene Rücklagen zurückgreifen.

Was denkt man in El Tanque über die politische Lage? Mayorga will erst nicht darüber sprechen. Dann aber doch. „Wir sind hier alte Sandinisten. Am Anfang kamen sie mit ihren weißen Bussen und wollten uns auf die Rotondas schicken. Aber wir haben das sehr schnell beendet.“ Sie hätten sich erinnert, dass die sandinistische Partei sie eigentlich immer kontrollieren wollte und behindert hat. „Wir existieren nicht dank, sondern trotz Ortega/Murillo.“ Kein Grund also die Fahnen zu schwenken. Wenn einst so loyale Anhänger wie die El-Tanque-Bewohnerinnen und -Bewohner nicht mehr an Ortega/Murillo glauben, dann ist es um ihre Basis geschehen. Was bleibt ist Repression und der Weg in eine harte Diktatur. Darüber aber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Ein Interview mit medico-Partnerin Mónica López Baltodano, die nach konkreten Morddrohungen ins costaricanische Exil gehen musste, findet sich unter medico.de/nicaragua-interview

medico ist seit langem mit den emanzipatorischen Bemühungen in Nicaragua in kritischer Solidarität verbunden. In der aktuellen Auseinandersetzung hat medico zusätzliche Mittel für die Arbeit der Studierenden und für die Menschenrechtsorganisation CENIDH bereitgestellt.

Spendenstichwort: Nicaragua



Ist eine Demonstration angekündigt, wird der Ort belagert von den „antimotines“ der nicaraguanischen Polizei.



Bei den ersten Demonstrationen gegen die Ortega-Dynastie stürzten die Protestierenden einige der in Managua verteilten „Lebensbäume“. Für sie sind die Stahlungetüme Machtsymbole der Regierung.

Bulle, Bibel, Blei

Brasilien. Bedeutet die Wahl von Jair Bolsonaro das Ende der Demokratie? Ein Interview mit Vitor Guimarães und Juliana Gonçalves



Vitor Guimarães ist Regionalkoordinator der Bewegung der Arbeitenden ohne Dach (MTST) in Rio de Janeiro.

Wie stellt sich die Situation nach der Wahl von Bolsonaro zum Präsidenten dar?

Vitor: Wir vom MTST und die Companheiros der Landlosenbewegung MST wurden vom gerade gewählten Präsidenten als „Terroristen“ gebrandmarkt. Das ist ein Angriff auf alle sozialen Bewegungen und die gesamte Opposition Brasiliens. Wir nehmen diese Drohungen sehr ernst. Guilherme Boulos, der nationale Koordinator vom MTST, ist besonders gefährdet. Es wurden bereits drei Anzeigen gegen ihn eingereicht und der künftige Präsident hat in seinem ersten Interview nach der Wahl nur eine Person namentlich als Terroristen diffamiert: Guilherme Boulos.

Wenn ihr heute auf die Ermordung Marielle Francos zurückblickt: War das „nur“ ein Mord mehr in einer langen Liste von Morden an Aktivistinnen und Aktivisten oder war es ein Vorausgriff auf das, was sich nun entwickelt?

Juliana: Brasiliens Kolonialgeschichte liegt noch nicht lange zurück und es hat zudem eine Geschichte als Sklavenhaltergesellschaft. Aus diesem Grund ist Brasilien heute ein Land mit extremer Ungleichheit. Die Gewalt ist eine Konsequenz aus dieser Ungleichheit. Als Marielle Franco exekutiert wurde, zeigte sich zum wiederholten Mal: Wer in Brasilien Aktivismus betreibt, der begibt sich in Lebensgefahr. Hinzu kommt, dass sich seit den großen Protesten von 2013 ein Wandel in der Gesellschaft vollzieht: Konservative Kreise versuchen seither, den Aktivismus stärker zu kriminalisieren. Mit dem Aufstieg von Jair Bolsonaro werden wir eine Institutionalisierung dieser Gewalt erleben. Wir als Bewegung schwarzer Frauen interpretieren die Ermordung Marielle Francos als Teil des Genozids, der in Brasilien an der schwarzen Bevölkerung fortlaufend begangen wird. Natürlich erhielt ihre Ermordung viel mehr Aufmerksamkeit, weil sie Parlamentarierin war. Aber generell gilt: In meinem Land sind diejenigen am gefährdetsten, die schwarz sind, die Frauen sind, die LGTBI* sind.

Gibt es in Brasilien eine faschistische Bewegung? Oder hat sich ein Teil der Bevölkerung verführen lassen?

Vitor: Es gibt beides. Wer sich in Brasilien bewegt, weiß, dass nicht 55 Prozent der Bevölkerung eine faschistische Gesinnung haben. Viele Leute, die eigentlich für Grundrechte einstehen, haben sich einwickeln lassen und von einem Hass auf die „Linke“ und die Arbei-

„Mit dem Aufstieg von Jair Bolsonaro werden wir eine Institutionalisierung der Gewalt erleben.“

terpartei PT treiben lassen. Nicht alle Anti-PT-Wählerinnen und Wähler sind Faschisten. Aber es gibt einen faschistischen Teil der Bevölkerung, Leute, die gewalttätig sind und die mit der Wahl Bolsonaros ihre Zurückhaltung aufgeben und die Gewalt auf die Straßen tragen. Solche Typen stellen jetzt die Mehrheit im brasilianischen Nationalkongress, aber auch in den Polizei- und Sicherheitsapparaten, zudem sind sie stark im Justizwesen und über die evangelikalen Kirchen auch in den Armenvierteln. Darüber hinaus besitzen sie einige der größten Fernsehkanäle. Globo, der größte Medienkonzern des Landes, hat nicht direkt für Bolsonaro geworben, aber Record und SBT, der zweit- und drittgrößte Kanal, haben das getan. Vor wenigen Tagen hat SBT eine Werbung geschaltet, deren Wahlspruch direkt aus der Militärdiktatur übernommen wurde: „Brasil: ame-o ou deixe-o“ („Brasilien: liebe oder verlasse es“). Diesen Wahlspruch schuf die Militärdiktatur in ihren schlimmsten Jahren. Bolsonaro bezieht sich direkt darauf. Wer Opposition sein möchte, habe zwei Optionen: Gefängnis oder Exil.

Aber die Enttäuschung über die PT erklärt noch nicht, warum man einen Mann wählt, der so offenkundig faschistische Töne von sich gibt.

Juliana: Im Zentrum des Bolsonaro-Wahlkampfes stand der „Anti-System“-Diskurs. Die PT ist leider in den vielen Jahren ihrer Regierung zum Symbol der Korruption geworden. Die Rechte, aber auch die Gerichte haben sie zum Sündenbock des Systems gestempelt. Und so wurde die PT zur Metapher all dessen, was nicht funktioniert. Dieses vereinfachende und spaltende Denken führt geradewegs in die Forderung, dass sie alle ins Gefängnis gehörten. Dagegen war es nahezu unmöglich zu argumentieren. Bolsonaro hat es geschafft, verschiedenste Interessen unter einen Hut zu bringen. Auch den neoliberalen Finanzmarkt hat er mit der Ernennung des neoliberalen Chicago-Boys Paolo Guedes zum Superminister einbinden



Die Journalistin Juliana Gonçalves ist Mitglied der antirassistischen feministischen Bewegung „Marcha das Mulheres Negras de São Paulo“.

können. Zudem genießt er die Unterstützung der drei wichtigsten überparteilichen Fraktionen im brasilianischen Nationalkongress – die der „drei B“: „boi, bíblia e bala“ („Bulle, Bibel, Blei“). Und es ist ihm gelungen, den unpolitischen Teil der brasilianischen Gesellschaft zu gewinnen.

Wir stehen vor einem verheerenden Szenario. In diesen Wahlen wurde aus wahr falsch und aus falsch wahr. Dabei wurden die traditionellen Partei-Konstellationen von Mitte-Rechts und Mitte-Links gänzlich aufgerieben.

Vitor: Das Hauptmotiv für die Wahl Bolsonaros scheint mir auf der Ebene der Emotionen zu liegen, Fakten waren zweitrangig: Bolsonaro erschien als ehrlicher Antipolitiker, ist aber seit 29 Jahren in der Politik. Er bezeichnet sich als Militär, wurde aber aus dem Heer entlassen, weil er mit Bombenanschlägen gedroht hatte. Und in den fast 30 Jahren seiner Politikerkarriere hat er nichts getan. Er hat sich in seiner politischen Laufbahn mehr Häuser gekauft, als politische Projekte angestoßen, heißt es in einem Witz über ihn.

Das klingt wie das Ende der Politik. Neben der Verbindung von Faschismus und Feudalismus hat die Kampagne von Bolsonaro auch hypermoderne Technologien eingesetzt.

Vitor: Ja. Er hat 140 Millionen WhatsApp-Nutzerinnen und -Nutzer mit seinen auf sie persönlich zugeschnittenen Botschaften eingedeckt. Jüngsten Presseberichten zufolge haben Bolsonaro nahestehende Unternehmer 12 Millionen Reais an eine Firma gezahlt, damit diese Wahlkampfinghalte für WhatsApp produziert und verbreitet. Dies ist ein klarer Verstoß gegen die erlaubte Wahlkampffinanzierung. Aber es ist auch ein radikaler Schnitt mit klassischen Wahlkampfnarrativen. Denn nun haben Zielpersonen individualisierte Botschaften erhalten, die auf ihre Interessen zugeschnitten waren. Ein Schwarzer, der etwas gegen Schwule hat, bekam die Nachricht, dass Bolsonaro nichts gegen Schwarze habe, aber Homosexualität ablehne. Für jeden und jede das passende Angebot.

Wie kann ein demokratischer Widerstand gegen Bolsonaro unter diesen schwierigen Bedingungen aussehen?

Vitor: Wir müssen zum einen Widerstand gegen die institutionellen Angriffe leisten. Dafür ist es notwendig, eine breite gesellschaftliche Front des demokratischen Widerstands zu bilden. Das würde auch Leute der politischen Rechten einschließen, beispielsweise Brasiliens Ex-Präsident Fernando Henrique Cardoso, der in seiner Partei PSDB von der antidemokratischen Rechten an den Rand gedrängt wurde. Das heißt, selbst hier sind diejenigen ins Hintertreffen geraten, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verteidigen. Wir brauchen eine gemein-

„Es geht jetzt darum, eine breite gesellschaftliche Front des demokratischen Widerstands zu bilden.“

same Front, die von den sozialen Bewegungen bis hin zu solchen Leuten wie Cardoso reicht. Dann hätten wir eine Chance, im Kongress Widerstand zu leisten und gemeinsam mit Künstlerinnen und Künstlern sowie Intellektuellen die Demokratie zu verteidigen.

Welche Rolle würde die PT in einem solchen Bündnis spielen?

Juliana: Ich denke, es wäre ungerecht, die PT nicht in diese neue Allianz aufzunehmen. Die PT hat im Laufe der Jahre viel politische Erfahrung eingebracht, die zu einem nicht geringen Teil in Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen entwickelt worden ist. Aber der gesamte Wahlprozess hat klar gezeigt, dass die PT unfähig war, eine Antwort auf die momentan dringlichsten Fragen zu liefern. Ich sehe deshalb nicht, dass die PT derzeit diese demokratische Front anführen kann.

Vitor: Als die PT stärker wurde und an die Macht



Besonders aktiv: Feministische Organisationen demonstrierten in den letzten Wochen immer wieder gegen den Rechtsruck in Brasilien.

kam, hatte sie zwei wichtige Stützen bei der Arbeit an der Basis, auf den Straßen und in den Vierteln: zum einen die kirchlichen, vor allem die katholischen Basisgruppen, zum zweiten die Gewerkschaften. Beide sind heute nicht mehr so einflussreich wie damals. Bolsonaro hat heute die evangelikalen Kirchen auf seiner Seite. Die sind überall, auf den Straßen, in allen Gemeinden. Wir haben unterschätzt, wie wichtig es ist, Auge in Auge mit den Menschen zu reden. Das wurde erst in der letzten Woche vor dem zweiten Wahlgang gemacht, aber eigentlich müsste es ein permanenter Prozess sein. In unserem von medico unterstützten Projekt helfen wir zum Beispiel Leuten dabei, sich ihre eigene Arbeitsstelle zu schaffen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Dabei entsteht ein Vertrauensverhältnis, in dem sich ein kons-

truktives, kollektives und langanhaltendes Bewusstsein entwickelt. Das ist ein Weg, sich gegen die simplen und aggressiven Botschaften Bolsonaros zu immunisieren.

Interview: Katja Maurer und Moritz Krawinkel
Übersetzung: Christian Russau

Die medico-Partnerorganisationen in Brasilien streiten seit Jahrzehnten für das Recht aller auf Gesundheit. Dazu gehört die Verteidigung des öffentlichen Gesundheitssystems, der Einsatz für eine Landreform, Informationsfreiheit und das Recht auf Stadt. Durch die Wahl Bolsonaros sind sie direkt bedroht.

Spendenstichwort: Brasilien



Fotos: Aus Sicherheit gründen keine Angabe.





STEIN AUF STEIN

In der Südosttürkei bauen Vertriebene „Häuser der Hoffnung“ – für ihr Recht zu bleiben

Bis heute hinterlässt der Einmarsch des türkischen Militärs in die kurdischen Städte vor knapp drei Jahren Spuren. Damals wurden teils bewaffnete jugendliche Aufstände brutal niedergeschlagen und ganze Stadtviertel zerstört. Allein aus der Stadt Şırnak im Südosten des Landes wurden mehr als 60.000 Menschen vertrieben. Seit etwa anderthalb Jahren bauen Familien aus Şırnak in umliegenden Dörfern in gemeinschaftlicher Arbeit Häuser auf – allen Widerständen zum Trotz. Die Beschaffung von Baumaterial findet unter strengen Sicherheitsvorkehrungen statt, denn das Projekt ist den Sicherheitsbehörden ein Dorn im Auge. Bis heute konnten 640 Häuser entstehen, Bedarf gibt es aber für insgesamt 1.000 Familien. Jedes fertiggestellte Haus ist mehr als ein Dach über dem Kopf, sondern auch Ausdruck für die Sehnsucht nach einer demokratisch verfassten Gesellschaft, in der alle Menschen jenseits ethnischer oder religiöser Herkunft die gleichen Rechte haben.

medico unterstützt die „Häuser der Hoffnung“ von Anfang an. Noch wird dringend weiteres Baumaterial benötigt. Mehr unter medico.de/haeuser-der-hoffnung.

Spendenstichwort: Türkei/Kurdistan



Die Bohème von Kifri

Kurdistan-Irak: Theater, Ausstellung, Film - mitten im Konfliktgebiet suchen junge Leute nach einer eigenen künstlerischen Sprache

Der rote Teppich ist ausgerollt. Auf dem Hof des Kunstkollegs in der Kleinstadt Kifri in der Germian-Region im kurdischen Teil des Irak treffen die Gäste des „Ersten Friedens- und Kunstfestivals Kifri“ ein. Vertreter des Kulturministeriums aus Baghdad haben sich angekündigt, ebenso ein Theaterensemble aus Hille/Babel, eine Theaterregisseurin aus Ägypten, die Künstlergruppen Khanaqin und Sulaimania und der bekannte kurdisch-irakische Filmmacher Nasser Hassan. Pressevertreter stehen mit Block und Kamera bereit. In der aufgeregt-angespannten Stimmung treffen wir auf drei der Aktiven des Jugendkulturzentrums Kifri, die hinter dem Festival stehen: Ali und Dlawar aus der Filmgruppe „Gunay“; mit Hut, umgeworfenen Schals und hölzerner Zigarettenspitze wirken sie wie jugendliche Bohemiens. Gwlala, deren Kopftuch, Kleid, Schminke und Schmuck farblich aufeinander abgestimmt sind, leitet die Frauenkunstgruppe aus Kifri. In den vergangenen Wochen haben sie viel Energie in die Vorbereitungen des Festivals gesteckt. Unterstützt wurden sie von Freunden und Bekannten aus der Stadt, vor allem aber von den Jugendlichen des 2014 eröffneten Kunst- und Kulturzentrums.

Der Innenhof füllt sich. Hier förmliches Händeschütteln, dort freudige Umarmungen. In dem renovierten Saal des Kunstkollegs, der heute eingeweiht wird, sind 400 samtbezogene Ses-

sel zu besetzen: Jugendgruppen, Familien, aber auch ältere Bewohnerinnen und Bewohner aus der Stadt Kifri und aus den umliegenden Dörfern strömen hinein. Auch die Studierenden des Kunstkollegs sind in freudiger Erwartung. Für das Festival haben sie und die Jugendlichen des Zentrums selbst Hand angelegt. In Eigenregie haben sie die Vorhalle fertiggestellt, Schimmel von den Wänden entfernt, Technik beschafft und den Saal funktionstüchtig gemacht. Ihr normaler Unterricht hingegen fällt wegen der anhaltenden Finanzkrise immer öfter aus, auch für den Erhalt des Gebäudekomplexes und Kunstmaterialien fehlen die Mittel. In seiner Eröffnungsrede formuliert Dlawar selbstbewusst seine Kritik an die anwesenden Regierungsvertreter. Vom Publikum erntet er Applaus, die Angesprochenen reagieren mit Stirnrunzeln.

Die Wunden der Vergangenheit

Der Bürgermeister von Kifri hält seine Rede auf Kurdisch und auf Arabisch, ein deutliches Zeichen des Willkommens an die Gäste aus dem Zentralirak. Dass auch sie gekommen sind, zeigt, wie außergewöhnlich der Anlass ist. Die Region weist zwar eine lange Geschichte des friedlichen Zusammenlebens von Kurden, Turkmenen und Arabern auf. Im historischen Stadtzentrum von Kifri sind auch Spuren jüdi-

schen Lebens und jüdischer Geschichte sichtbar. Doch vor allem die jüngere Geschichte ist auch von Konflikt und Gewalt geprägt. 1988 war die Region Schauplatz der „Anfal-Operationen“ des irakischen Baath-Regimes. Tausende Dörfer in der kurdischen Region des Irak wurden zerstört, mehr als hunderttausend Menschen verschleppt und ermordet. Bis heute leidet die Region unter der damaligen Gewalt und den folgenden Jahren von Ungewissheit, Not und internen Kämpfen. Beim Vormarsch der Terrormiliz „Islamischer Staat“ vor vier Jahren lag Kifri dann unmittelbar an der Kampflinie zwischen dem IS und kurdischen Peshmerga. Erneut starben junge Männer in Kampfhandlungen. Damals suchten Tausende irakische Flüchtlinge, die vor dem IS geflohen waren, in Kifri und Umgebung Schutz. Viele leben heute noch in Lagern; andere haben in Kifri inzwischen Häuser und Arbeit gefunden.

In dieser Zeit reiften auch die Pläne für das Jugendkulturzentrum. Studierende des örtlichen Kunstkollegs renovierten das zunächst von Kämpfern, dann von Geflüchteten genutzte und schließlich leerstehende ehemalige Postgebäude. In den historischen Räumen richteten sie ein kleines Stadtmuseum ein, ebenso Kunstateliers, Ausstellungsräume, eine Bibliothek und eine Cafeteria. Damit schufen sie, inmitten des Schocks des IS-Terrors, auch eine Anlaufstelle für lokale und geflüchtete Jugendliche.

Heute liegt Kifri in Gebieten, die zwischen kurdischer und irakischer Regierung umkämpft sind. In Folge des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums im Oktober 2017 und angesichts des Vorrückens der irakischen Armee und schiitischer Milizen waren es nun Hunderte kurdische Familien, die in Kifri und den umliegenden Dörfern Zuflucht suchten. Viele waren von turkmenischen Bevölkerungsgruppen aus der Stadt Tuz Khurmatu vertrieben worden. Wieder wurde das Jugendzentrum zur Anlauf-

stelle für Geflüchtete. Die Jugendlichen leisteten Hilfe und verteilten Decken und Nahrung. Noch immer finden in unmittelbarer Umgebung Übergriffe von Milizen und Resten des IS statt. Die Lage bleibt bedrohlich. Hinzu kommt, dass die anhaltende Finanzkrise und die Ereignisse nach dem kurdischen Referendum besonders Jugendliche frustriert haben. Es fehlt an Jobs und Möglichkeiten sich selber weiter zu entwickeln. Viele ziehen sich ins Private zurück, manche finden Halt in religiösen Angeboten.

Das Jugendkulturzentrum Kifri ist in den letzten Jahren ständig gewachsen und versteht sich als Gegenangebot. Es ist ein Raum, in dem Jugendliche jenseits ethnischer, religiöser oder parteipolitischer Zugehörigkeiten zusammenkommen und selbstbestimmt ihr kreatives Potential entfalten können. Ihr Engagement ist längst in der ganzen Stadt sichtbar: Seien es Skulpturen und Installationen, die an die multiethnische Geschichte der Stadt oder an den Terror des Baath-Regimes erinnern, oder liebevoll beleuchtete Park- und Grünanlagen, in denen junge Menschen der Stadt zusammenkommen.

Kifri lebt auf

Die vergangenen und aktuellen Schrecken bilden den Hintergrund des Festivals. Während der drei Tage aber tritt das Leben in den Vordergrund. Nach und nach eignen sich die Jugendlichen und die Gäste den öffentlichen Raum an. Am zweiten Tag führen Theatergruppen ihre Stücke auf dem verfallenen Basar der Stadt unter freiem Himmel auf. Unter die Festivalgäste mischen sich neugierige Anwohner, so dass Hunderte Zuschauer gebannt der Inszenierung folgen. Auch das historische, seit Jahrzehnten verfallende Badehaus, wo vor hundert Jahren Frauen und Männer an den Ba-

detagen um den heißen Stein zusammenkommen, haben die Jugendlichen renoviert und liebevoll gestaltet. Auf den Sitzflächen liegen die farnefrohen Kifri-Teppiche, es wird Tee serviert, an den Wänden sind Bilder einer Ausstellung gehängt.

Das Programm ist dicht: Hier werden Bücher vorgestellt, dort Ausstellungen eröffnet. Und im großen Saal werden Filme gezeigt. Für eine Gruppe von 13-Jährigen ist „das Kino“ mit seiner großen Leinwand das absolute Highlight. Im Jugendzentrum selbst zeigt die Frauenkunstgruppe eigene Werke. Sich auszuprobieren und miteinander auszutauschen, auch über die Erfahrungen und Einschränkungen als Frauen in dieser eher konservativen Region – all das geschieht in diesen Räumen und zeigt sich in den Bildern. Leiterin Gwlala erzählt, dass das von den Frauen initiierte kurdisch-irakische Netzwerk von Frauenkunstgruppen große Pläne hat: Am achten März, dem internationalen Frauentag, soll in Kifri ein großes Frauenkunstfestival stattfinden.

Landesweites Echo

Das Festival wirkt weit über die Stadt und die Region hinaus. Auf vielen kurdischen und arabischen TV-Kanälen wird berichtet und kommen die Organisatorinnen und Organisatoren zu Wort. Jugend- und Künstlergruppen aus Kifri erhalten Gegeneinladungen nach Bagdad, Babel und Khanaqin.

Am Ende des dritten Tages wird die abschließende Preisverleihung mit großer Ernsthaftigkeit zelebriert. In einer Rede bringt der von vielen verehrte Regisseur Nasser Hassan seine Begeisterung über das Festival und das Engagement der Jugendlichen zum Ausdruck, denen es gelungen ist, mit wenigen Mitteln einen selbstbestimmten Raum für einen freien

Austausch zu schaffen – und dass jenseits der allgegenwärtigen parteipolitischen Agenden unabhängig und selbstbestimmt. Hassan gibt ihnen auch Tipps für die Zukunft. Denn auch wenn das Festival offiziell endet: Überall ist spürbar, dass ein Prozess gerade erst begonnen hat. Der hier angestoßene gesamtirakische Austausch über ethnische und religiöse Grenzen hinweg macht andere Realitäten vorstell- und lebbar. Drei Tage lang hat das Festival eine ersehnte friedliche Zukunft vorweggenommen. Die Jugendlichen haben gemeinsam mit vielen Freunden aus allen Teilen des Landes, drei Tage lang das Leben gefeiert und etwas geschaffen, was lange wirken wird.

Anita Starosta

Gemeinsam mit unserem Partner HAUKARI e.V. unterstützt medico seit 2014 den Aufbau des Jugendzentrums in Kifri und stellte zuletzt auch Mittel für das „Friedens- und Kulturfestival“ zur Verfügung.

Spendenstichwort: Irak

Fotos: Berndel Freude



Der rote Teppich ist ausgerollt: Künstlerinnen, Interessierte und Honoratioren nehmen am Kulturfestival teil.



Für das junge Publikum existieren keine Grenzen zwischen Tradition und Moderne.



Frauen einer Handwerksgruppe aus Kifri präsentieren ihre Arbeiten auf dem Festival.

Projekte Projektionen



Foto: Privat

Neuanfang in Idlib

Syrien: Verteidigung von Frauenrechten

Als im Februar und März 2018 die Lage in den östlichen Vororten von Damaskus militärisch eskalierte, zerstörten Bombenangriffe auch das von medico unterstützte Frauenzentrum in Douma. Da die syrische und die russische Armee die Kontrolle der Stadt übernahmen, flohen Tausende aus Angst vor Repression, Verhaftungen und Zwangsrekrutierungen. Auch die Partnerinnen des Frauenzentrums verließen ihre Heimatstadt. Vier führte die Flucht nach Idlib nahe der türkischen Grenze. Weiter geht es nicht. Da die Türkei die Grenzen geschlossen hält, sind in Idlib 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge gestrandet. Dass weite Teile der Stadt von islamistischen Milizen kontrolliert werden, macht

die Situation besonders für Frauen bedrohlich – zumal in einer Region, die bereits vor dem Krieg religiös konservativ und patriarchalisch geprägt war. Nichtsdestotrotz beschlossen die vier Aktivistinnen, ihre Arbeit aus Douma wieder aufzunehmen: Sie mieteten Räume an, in denen sie Sprachkurse, psychosoziale Betreuung und Beratung in familienrechtlichen Fragen organisieren. So haben sie ein Angebot für 100 Frauen und Mädchen geschaffen, das noch ausgebaut werden soll. In der jetzigen Notlage und angesichts der Präsenz von Milizen und einer drohenden Eskalation in der Region geht es ihnen nicht nur darum, die Rechte von Frauen zu stärken. Inmitten des syrischen Chaos setzen sie die zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und politische Opposition fort.

Spendenstichwort: Syrien

Gesundheitskommerz

medico-Veranstaltung zum World Health Summit

Auf dem World Health Summit, ein von der Charité ins Leben gerufener, selbst ernannter „Weltgesundheitsgipfel“, diskutieren seit 2009 in Berlin jeweils im Oktober Expertinnen und Experten aus aller Welt über Fragen der globalen Gesundheit. Bei der damaligen Premiere organisierte medico mit anderen den „Public Eye on Berlin“, um den Kongress aus kritischer Distanz zu begleiten. Hauptanlass der Kritik war dessen enge Verflechtung mit der profitorientierten „Gesundheitswirtschaft“ aus Pharma- und Geräteindustrie und der Fokus auf ein rein technisch-biomedizinisches Verständnis von Gesundheit. Bei der diesjährigen zehnten Auflage zeigte sich, dass sich hieran nichts geändert hat – im Gegenteil: Noch an

Einfluss gewonnen haben große Privatstiftungen, allen voran die Gates Foundation. Ihre Gelder und technokratischen Perspektiven prägen inzwischen die Forschung wie auch die Gesundheitsdebatten. Daher hat medico gemeinsam mit Brot für die Welt, Misereor und dem Global Policy Forum zeitgleich zum Weltgesundheitsgipfel eine Veranstaltung organisiert, die die Macht der „Philanthrokapitalisten“ und die Ausblendung der strukturellen, ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen der gesundheitlichen Ungleichheit beleuchtete. Dass sich über 100 Teilnehmende des Kongresses hier einfanden, zeigt, dass ein solch kritischer Blick nicht nur nötig, sondern auch gefragt ist.

Weitere Infos: medico.de/gesundheit

Spendenstichwort: **Gesundheit**

Hundert verhaftet

Türkei: Neue Repressionen gegen medico-Partner

Wie gefährlich Opposition gegen die Regierungspolitik in der Türkei inzwischen geworden ist, haben Tausende Lehrerinnen, Journalisten, Politikerinnen und Gewerkschafter am eigenen Leib erfahren. Auch medico-Partner, die sich im kurdisch geprägten Südosten des Landes für gleiche Rechte einsetzen, sind unmittelbar betroffen. So wurde der Rojava-Hilfsverein bereits vor zwei Jahren verboten. Aktuell hat sich – die Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 werfen ihre Schatten voraus – die Situation neuerlich verschärft: Mitte Oktober 2018 wurden binnen weniger Tage über einhundert Politikerinnen der kurdenfreundlichen Partei HDP sowie acht Journalisten verhaftet. Auch

zwei medico-Partner saßen kurzzeitig im Gefängnis. Mit der längst zum Generalvorwurf gewordenen Anklage auf „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ verfolgt der Staat bereits seit längerem die HDP-Politikerin Leyla Bırlık, die medico im vergangenen Jahr im Rundschreiben portraitiert hat. Nach mehreren Verhaftungen hat sie im August 2018 das Land verlassen und in Griechenland politisches Asyl beantragt. Inhaftiert ist Leyla Güven, seit sie den türkischen Militäreinsatz im nordsyrischen Afrin kritisiert hat. In Haft wurde die Ko-Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftskongresses, die das medico-Projekt „Häuser der Hoffnung“ tatkräftig unterstützt, für die HDP ins türkische Parlament gewählt. Bis heute bleibt ihr Sitz dort frei.

Spendenstichwort: **Türkei/Kurdistan**

Probe aufs Exempel

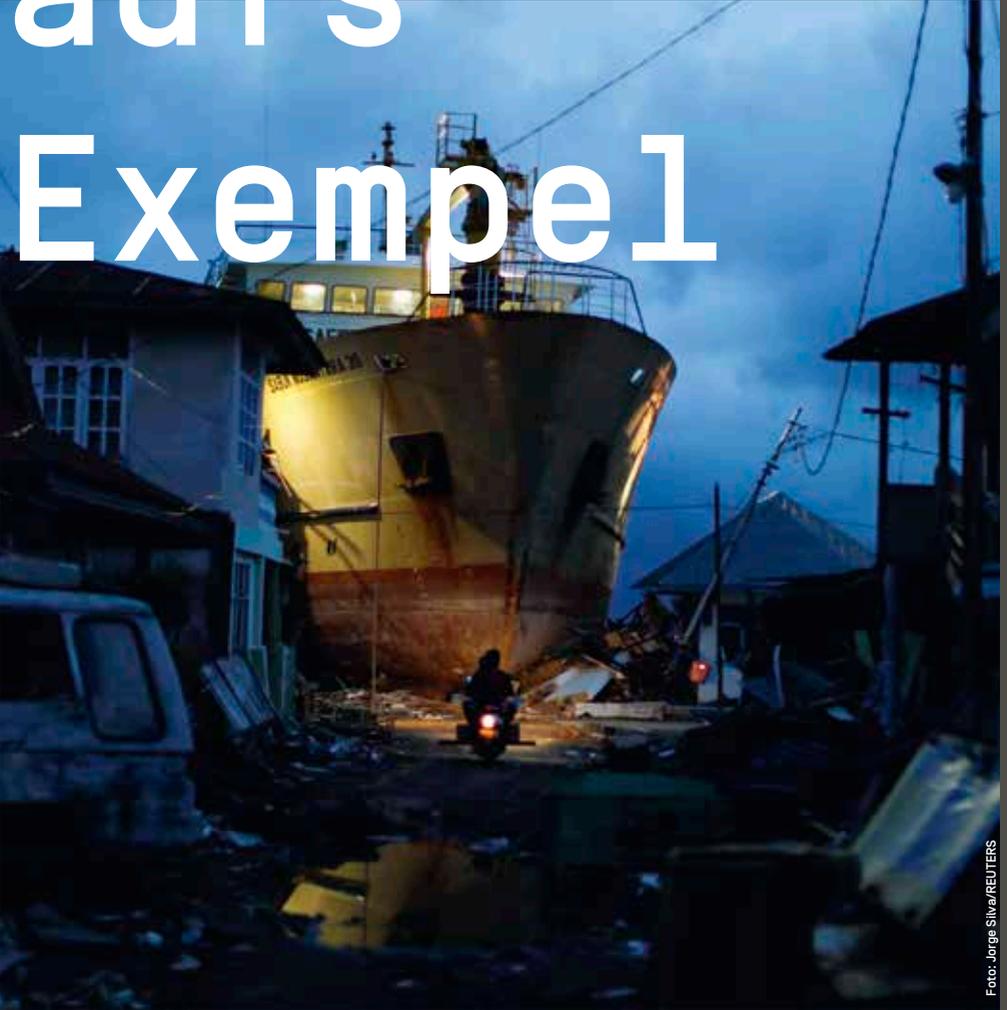


Foto: Jorge Silva/REUTERS

Land in Sicht: Dank Selbsthilfe und Solidarität auf Sulawesi.

Indonesien. Es geht auch so: Nach der Katastrophe bewährt sich die unabhängige und selbstorganisierte Nothilfe

Von Bernd Eichner

Plötzlich verflüssigt sich der Boden. Ganze Siedlungen kommen ins Schwimmen oder werden vom Boden verschluckt. Das Erdbeben auf der indonesischen Insel Sulawesi hat nicht nur einen Tsunami ausgelöst, sondern auch die wassergesättigten Bodenschichten in einen Brei verwandelt. Mehr als 1.000 Häuser verschwinden am Abend des 28. September 2018 in einem riesigen Erdloch. Und mit ihnen viele ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Gefahr war bekannt, zumindest der alleingesessenen Bevölkerung. „In der lokalen Sprache existiert ein Wort für die Bodenverflüssigung“, erzählt Ade Andreawan, Geschäftsführer der medico-Partnerorganisation Yayasan IDEP Selaras Alam. „Wegen der Gefahr hatte die Gemeinde die Gegend lange nur als Deponie genutzt. Doch dann haben Immobilienentwickler ein Geschäft gewittert. Sie ließen bauen und verkauften die Häuser. Eigentlich ein Fall für Polizei und Korruptionsbekämpfung – wäre nicht auch die örtliche Elite in die lukrativen Machenschaften eingebunden. „Leider ist die Strafverfolgung schwach. Es gibt eindeutige Bauvorschriften, die werden aber nicht umgesetzt“, sagt Ade Andreawan. Das zeigt sich auch in der am stärksten betroffenen Stadt Palu: Während viele Gebäude das Beben überstanden haben, ist ein Hotel eingestürzt. Offenkundig haben korrupte Bauunternehmen auf Kosten der Stabilität gespart.

Anders ist die Situation in den ländlichen Gebie-

ten, wo die meisten Menschen von der Fischerei oder der Landwirtschaft leben. Vielen fehlte schlicht das Geld für ausreichend Zement. Die Erschütterungen haben so die Armut erschreckend deutlich aufgedeckt. Mangelndes Wissen zum erdbebensicheren Bauen verschärft das Problem. Hier setzt IDEP an. Unmittelbar nach der Katastrophe hat der medico-Partner Nothilfe geleistet und betroffene Familien mit Nahrungsmitteln und Hygienegütern versorgt. Längst aber plant IDEP Bildungsangebote in und mit den betroffenen Gemeinden. „Den Wiederaufbau sollten diese selbstorganisieren, damit sie nicht von unserer Hilfe abhängig werden“, erklärt IDEP-Koordinatorin Yosephine Avi Rembulan. „Wir können sie aber mit unserer Expertise unterstützen.“ Sie rechnet damit, dass die Regierung die betroffenen Haushalte mit rund 3.000 Euro unterstützt. Noch aber sind rund 80.000 Menschen ohne Dach über dem Kopf. Viele schlafen lieber unter Planen oder in Zelten vor ihren Häusern, da sie nicht wissen, ob diese noch sicher sind. Seine Erfahrung zieht IDEP aus den Programmen ihrer Erdbebenhilfe auf Lombok und der langjährigen Trainings- und Öffentlichkeitsarbeit für nachhaltige Landwirtschaft gegen die Naturzerstörung durch die „Grüne Revolution“.

Auch Lian Gogali vom medico-Partner Institut Mosintuwu ist eine Querdenkerin. Seit ihrem Einsatz im sogenannten Poso-Konflikt in den 2000er Jahren, einer blutigen, religiös verbrämten Auseinandersetzung um Macht und Einfluss

zwischen Muslimen und Christen in Zentralsulawesi, genießt sie weltweite Anerkennung als Friedensstifterin. Während aktuell auch in Indonesien konservative und intolerante Kräfte zunehmend das gesellschaftliche Klima bestimmen, spricht sie mit großer Leidenschaft über Frieden und Gerechtigkeit. Neben ihrem Engagement für die Rechte von Frauen geht es dabei vor allem um interreligiöse Versöhnungsprogramme – mit Erfolg. Kaum war etwa die Meldung von dem Erdbeben eingetroffen, versammelten sich sowohl viele Christinnen wie auch Musliminnen im Mosintuwu-Zentrum, um bis zu 5.000 Essen täglich für die Betroffenen in der Katastrophenregion zu kochen.

Nach einer Woche stellte Mosintuwu seine Hilfe um: Statt gekochtes Essen zu liefern, versorgten sie in Hochzeiten knapp 150 öffentliche Küchen mit Geschirr und Nahrungsmitteln. In diesen Küchen kochten und organisierten sich die Betroffenen bald selbst. „Dabei geht es nicht nur ums Essen. Die Küchen sind auch wichtige Orte der Kommunikation. Hier können die Betroffenen die Katastrophe kollektiv verarbeiten und wieder Hoffnung schöpfen“, erläutert Lian Gogali. Denn die Erfahrung des Todes ist unmittelbar. „In Situationen, in denen Verlust erlebt wird, wiederholen sich Traumata. Eine grenzenlose Traurigkeit greift um sich. Die ganze Situation wirkt lähmend. Um in einem solchen Leben zu überleben, ist es erforderlich, dass sich mehr und mehr Menschen zusammenschließen“, so Lian.

Tradition der gegenseitigen Hilfe

Die gegenseitige Hilfe und Selbstorganisation der Betroffenen ist beeindruckend. Zahlreiche Nachbarschaftsinitiativen und Freiwillige aus allen Teilen von Sulawesi und selbst aus Jakarta versuchen zu helfen. Mobilisiert von vielen Menschenrechts-, Frauen-, Arbeiterinnen- und Ar-

beiter- sowie Umweltorganisationen, die spontane Netzwerke bilden und sich meist per Whats App, Facebook und Opensource-Karten im Internet koordinieren. Die Vielzahl der so entstehenden Hilfsposten („Posko“) und öffentlichen Küchen sind allgegenwärtig und prägen das Bild der Unterstützung. Das sonst noch oft zu beobachtende Mosaik aus internationalen Organisationslogos auf Hilfsgütern aller Art ist hier nicht zu sehen. Denn Solidarität und „Gotong Royong“ – die indonesische Tradition der gegenseitigen Hilfe und Selbstorganisation – haben kein Werbelabel und brauchen auch keins. Die Zusammenarbeit kommt aus der kulturell verankerten Haltung, dass in einer Gemeinschaft jeder jedem helfen soll.

Mosintuwu arbeitet mit den Netzwerken der „Posko“ eng zusammen. Ein wichtiger Knoten im solidarischen Netz ist dabei die lokale Organisation Solidaritas Korban Pelanggaran HAM Sulawesi Tengah (SKP-HAM), die in der vom Tsunami arg getroffenen Stadt Palu ein Menschenrechtszentrum betreibt. Vor dem Zentrum dampfen reichlich Töpfe mit Reis. Die Aktivistinnen und Aktivisten schneiden Gemüse oder bereiten Verteilungen vor. Im Inneren der umgebauten Lagerhalle hängen große Tabellen, in denen für alle sichtbar notiert wird, wann welcher Posko mit was beliefert wurde und wo was noch fehlt. Überall im Raum stapeln sich Reis-säcke, Kanister und Hilfsgüter.

An den Wänden hängen viele Fotos von Menschen aus Palu, die 1965 einem der größten Massenmorde des 20. Jahrhunderts zum Opfer fielen. Unter dem Kommando des Generals und späteren Präsidenten Suharto wurden damals mindestens 500.000 tatsächliche oder vermeintliche Linke umgebracht. Aus Täterkreisen verlautete gar die Zahl von 2,5 Millionen Toten. Hunderttausende wurden interniert und mit Berufsverboten belegt. Die Bürgerrechte der Überlebenden wurden massiv eingeschränkt. Sie

durften weder wählen noch im öffentlichen Sektor arbeiten. „Durch die jahrzehntelange Diskriminierung und Marginalisierung sind sie verwundbarer als andere und leiden besonders schlimm unter der Katastrophe“, erklärt die dynamische SKP-HAM Vorsitzende Nurlaela Lamasitudju. Sie sucht deshalb noch weitere Unterstützung für die rund 1.000 Überlebenden des antikommunistischen Politizid, die jetzt durch den Tsunami Angehörige oder ihr Haus verloren haben.

Fast rund um die Uhr ist Nurlaela seit dem Disaster im Einsatz – und dass, obwohl sie selbst Familienmitglieder verloren hat und ihre alte Mutter pflegt. Sie sieht sich als Bindeglied zwischen der Regierung und den Überlebenden. „Die Verteilung von Information ist sehr wichtig. Auch wenn ich nicht offiziell an den Koordinierungstreffen der internationalen Hilfsorganisationen und der Regierung teilnehmen darf, gehe ich jedes Mal hin, damit nicht einfach an unseren Bedürfnissen vorbeigeplant wird“, erzählt sie. Bei Touren durch die Stadt verteilt sie ein selbst entworfenes Formular, mit dem man bei den Elektrizitätswerken anzeigen kann, dass man noch keinen Strom hat. Denn: „Viele schrecken vor der Bürokratie zurück.“

Im Kampf um Rechte ist sie in ihrem Element. So hat nicht zuletzt ihr Engagement dazu beigetragen, dass Palu bei der Aufarbeitung der Vergangenheit heraussticht: 2012 hat sich der damalige Bürgermeister Rusdy Mastura bei den Opfern der antikommunistischen Gewalt entschuldigt und ein Jahr später Palu zur „Stadt der Menschenrechte“ erklärt. Ein bis heute einzigartiger Vorgang in einem Land, das auch 20 Jahre nach dem Abdanken des Suharto-Regimes noch immer in erzwungener Stille verharrt. Palu zeigt, dass es anders geht. Dazu passt, dass der Tsunami vieles hinweggespült hat, nicht aber die Sammlung von 1.200 Aussagen von Überlebenden der damaligen Massaker.



In einer der vielen selbstorganisierten Küchen in Palu werden die Menschen mit Essen versorgt.

Bei der Bewältigung der Erdbeben- und Tsunamifolgen könnte von Palu wieder ein positives Signal ausgehen. Voraussetzung für solche nachhaltige Nothilfe ist, dass Regierung, Behörden und internationale Hilfsorganisationen die Selbstorganisation der lokalen Akteure anerkennen. medico tut das und richtet seine Förderung der Partnerorganisationen wie Mosintuwu und Yayasan IDEP Selaras Alam daran aus, solidarische Strukturen vor Ort zu stärken.

Spendenstichwort: Indonesien

Blockierte Routen, knappe Ressourcen

Niger. Um das Sterben in der Wüste zu verhindern, bauen medico-Partner eine Rettungsstruktur auf. Ein Interview mit Ibrahim Manzo Diallo



Ibrahim Manzo Diallo gehört dem nigrischen Journalistennetzwerk Alternative Espaces Citoyens (AEC) an.

Im letzten rundsprechen haben wir berichtet, dass einige deiner AEC-Kollegen von den Behörden daran gehindert wurden, auf einer Konferenz in Agadez über die Rolle der ausländischen Militärbasen zu sprechen. Ist das symptomatisch für die aktuelle Lage der Meinungsfreiheit im Niger?

Generell ist die Meinungs- und Organisationsfreiheit stark bedroht. Die Regierung sieht Aktive wie uns als Feinde an, weil wir Korruption, schlechte Regierungsführung und die Militarisierung der Region kritisieren. Vier Mitglieder von AEC waren in diesem Jahr im Gefängnis, einer sitzt immer noch. Wir werden auch deshalb verfolgt, weil wir den Protest gegen die

Privatisierung von Kommunikationsdienstleistungen und Steuergeschenke organisieren, die dafür sorgen, dass die Armen noch mehr zur Kasse gebeten werden, während die Reichen keine Steuern zahlen müssen. Aber nicht nur wir sind betroffen, zwanzig weitere Aktivistinnen und Aktivisten sind inhaftiert und brauchen unsere Unterstützung.

Die EU und insbesondere Deutschland üben starken Druck auf Niger aus, Migration in Richtung Norden zu unterbinden. Welche Auswirkungen hat diese Politik in der Wüstenstadt Agadez, bekannt als Knotenpunkt vieler Migrationsrouten?

Agadez ist praktisch die neue EU-Außengrenze. Die Vielzahl der Militärbasen in der Region ist ein Ausdruck davon. Amerikaner und Franzosen sind schon länger hier, jetzt wollen auch die Italiener dafür sorgen, dass die Migration Richtung Europa aufgehalten wird. Andere widmen sich vorrangig dem War-on-terror, der aber immer wieder mit Mobilitätsfragen vermischt wird. Über das Sterben in der Wüste soll nicht gesprochen werden. Niemand weiß genau, wie viele Migrantinnen und Migranten dort ihr Leben verlieren. Gesetzesänderungen zur Einschränkung der Freizügigkeit und dem Transport von Migrantinnen und Migranten, die

vor allem auf Druck der EU zustande kamen, haben gravierende Folgen. Der Transport von Personen Richtung Agadez ist praktisch verboten und Leute werden systematisch von der Polizei aufgehalten und abgewiesen. Viele wählen daher längere und gefährlichere Routen. Oder sie reisen nicht mehr in Großgruppen, die einen gewissen Schutz gewährleisten. Haben sie dann eine Autopanone, sind sie dem Tod geweiht. Hinzu kommt, dass viele Autos von Transporteuren konfisziert worden sind und Menschen damit die Existenzgrundlage genommen wurde.

Die Politik der „Hotspots“ bewirkt, dass viele Menschen in Agadez stranden. Wie ist die Stimmung gegenüber den Migrantinnen und Migranten?

Momentan sitzen alleine über 2.000 Sudanesischen und Sudanesen dort fest. Ein Problem ist, dass für manche Geflüchtete zwar Unterkünfte bereitgestellt werden, aber keine weiteren Mittel. Aus der Not heraus prostituieren sich Frauen, was viele Menschen hier nicht nachvollziehen können. Konflikte in Agadez könnten sich verschärfen, wenn die Ressourcen knapp werden. Schon jetzt gibt es enorme Wasser- und Versorgungsprobleme.

Wie genau funktioniert das „Alarmer Phone Sahara“?

Man kann es als Frühwarnsystem verstehen. Genauso wie das Sterben im Mittelmeer sichtbar gemacht worden ist, wollen wir die prekäre Lage der Migrantinnen und Migranten in der Wüste sichtbar machen. Wir sammeln Informationen an den gängigen Routen und dokumentieren die Situation mit Fotos und Zahlen. Dafür haben wir zwanzig „Warnerinnen“ und „Warner“ ausgebildet, die um Agadez herum Informationen sammeln. Auf einer Facebook-Seite tragen wir die Daten zusammen. Mittlerweile ist unser Büro in Agadez bekannt und die Leute haben unsere Telefonnummer. Bislang haben wir aber

keine eigenen Kapazitäten, um betroffene Menschen zu retten. Wir müssen die lokalen Behörden anrufen. Diese informieren dann die Internationale Organisation für Migration (IOM), die aber nicht nach unseren Vorstellungen und auch nicht im Sinne der Migrantinnen und Migranten handelt.

Was würdet ihr anders machen?

Die IOM schickt die Menschen in der Regel zurück in ihre Herkunftsländer – ob sie wollen oder nicht. Es ist deprimierend zu sehen, wie die IOM dann Fotos von Geretteten zu Werbezwecken nutzt. Die Menschen werden sich von dem Versuch, die Wüste zu durchqueren, aber nicht abhalten lassen. Sie haben eine Vision von einer besseren Zukunft. Deshalb wäre es gut, wir könnten sie über eine Beratungsstelle noch besser über die Routen und die Gefahren informieren. Viele sind nicht ausreichend vorbereitet, manche geraten an Fahrer, die sie entführen und erpressen. Wenn wir Autos hätten, würden wir selbst retten und es den Leuten überlassen, wohin sie danach gehen.

Das Interview führten Ramona Lenz und Sowmya Maheswaran.

Die Arbeit von Alternative Espaces Citoyens, die mit Unterstützung von medico und Afrique Europe Interact eine Anlaufstelle in Agadez eröffnet haben, verteidigt die Rechte der Migrierenden und kritisiert die Kriminalisierung von Flucht und Migration – damit gerät die NGO selbst zunehmend in den Fokus der Sicherheitsbehörden. Nichtsdestotrotz: Momentan wird die Anschaffung eines Fahrzeuges für Rettungseinsätze von AEC geprüft.

**Spendenstichwort:
Flucht und Migration**

Schwestern, Nachbarinnen, Freundinnen

Ägyptische und geflüchtete Frauen in Alexandria kämpfen gegen die Auswirkungen der Abschottungspolitik

Zahlreiche schmale Gänge, die meisten nicht breiter als ein bis zwei Meter, führen durch Zangot al-Sittat, die sogenannte „Gasse der Frauen“ im Souk-Viertel von Alexandria. Es ist der Bereich, in dem es bunte Stoffe, Knöpfe, Garn, Bänder, Modeschmuck, Unterwäsche, Parfüm sowie Spielzeug, Kleider und Schulsachen für Kinder in allen Farben und Formen zu kaufen gibt. „Hier haben die Schwestern Raya und Sakina die Frauen angesprochen, die sie später ermordeten“, erzählt Azza, als sie uns durch das Labyrinth kleiner Geschäfte zum Atelier ihrer Schwester Ola führt. „Die beiden Serienmörderinnen waren die ersten Frauen, die in Ägypten hingerichtet wurden. 1921 war das. Man konnte ihnen siebzehn Morde nachweisen.“

Jedes Kind in Ägypten kennt die Geschichte von Raya und Sakina und nicht selten werden Azza und Ola darauf angesprochen. Einfach weil sie auch Schwestern sind und auf ihre Weise Pionierinnen. Ola ist gelernte Schneiderin und hat Philosophie studiert. Seit fast zwanzig Jahren arbeitet sie mit Menschen, die in der ägyptischen Gesellschaft an den Rand gedrängt werden. Einige Jahre lebte sie in einem malerischen, aber verarmten Fischerstädtchen am Nildelta und unterstützte dessen Bewohnerinnen und Bewohner dabei, sich gegen die geplante Umsiedlung in die Sahara zu wehren. „Es gab damals große Probleme mit Drogen und Gewalt in der Stadt und viele Straßenkinder“, erzählt Ola. Irgendwann habe sie angefangen, den Kindern und Jugendlichen Lesen und Schreiben beizubringen. Das war revolutionär, denn zu diesem Zeitpunkt war es Frauen noch gesetzlich verboten, Alphabetisierungskurse zu geben. Ola setzte sich darüber hinweg und wurde die erste Frau Ägyptens, die Jugendlichen Unterricht im Lesen und Schreiben gab.



Gohar und Sabire (Pseudonyme) aus Damaskus.

Aufklärung durch die Blume

Eigentlich liegt ihr Schwerpunkt auf der Arbeit mit Frauen. Ebenso wie ihre jüngere Schwester Azza, die gelernte Kunstlehrerin ist, nutzt sie die



Die Ägypterin Tasabeeh und ihre syrische Freundin Aya.

Vermittlung künstlerischer und handwerklicher Fertigkeiten als Instrument, um gesellschaftliche Probleme anzugehen. „Wenn man Frauen in ihren Rechten stärken will, muss man in Ägypten vorsichtig vorgehen“, erklären uns die beiden. „Es ist nicht gut, ein Thema wie Aidsprävention oder Zugang zu Gesundheitsversorgung direkt anzusprechen – viele Ehemänner verweigern ihren Frauen die Behandlung durch einen männlichen Arzt. Wir bieten daher beispielsweise Nähkurse an, und während die Frauen am Arbeiten sind, versuchen wir, ins Gespräch zu kommen über solche Themen.“

Nachdem Azza und Ola viele Erfahrungen in dem Bereich gesammelt hatten, beschlossen sie 2013, zusammen eine eigene Organisation zu gründen: Torraha for Culture and Arts, seit dem letzten Jahr auch medico-Partnerin. In einer charmanten Altbauwohnung im Zentrum Alexandrias und in Olas Schneiderinnenatelier im Souk-Viertel bieten die Schwestern zusammen mit weiteren Trainerinnen und Trainern Kurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Bereich Comic, Film, Theater, Storytelling, Musik, Malen oder Nähen an. Die Zielgruppe waren anfangs in erster Linie Ägypterinnen und Ägypter, doch seit die Situation für syrische Flüchtlinge in Ägypten immer schwieriger geworden ist, geht Torraha auch gezielt auf sie zu.

Geflüchtete als Spielball der Politik

Während Syrerinnen und Syrer unter Präsident Mursi noch visafrei einreisen und öffentliche soziale Dienste wie Gesundheitsversorgung und Schulen nutzen konnten, sind sie seit dem Putsch 2013 stark mit Misstrauen und Ausgrenzung konfrontiert. Sicherheitskräfte gehen massiv gegen syrische und andere Geflüchtete vor. Hunderte wurden unter dem Vorwand des Anti-Terrorkampfes eingesperrt, einige sogar deportiert. Begleitet wird das Ganze von einer rassistischen Berichterstattung.

Schon bald erkannte die Regierung unter dem aktuellen Präsidenten Al-Sisi allerdings die Verhandlungsmacht, die ihr die Flüchtlinge im Land gegenüber Europa verschafften. Seither setzt sie darauf, die Maßnahmen der EU im Bereich „Fluchtursachenbekämpfung“ zur Bewältigung der eigenen Finanzkrise zu nutzen. Dass Ägypten seine Seegrenze nahezu hermetisch schloss, nachdem ihm vom IWF ohne Auflagen in Bezug auf Menschenrechte oder Regierungsführung umfangreiche Finanzhilfen zugesagt wurden, verweist auf eine starke Verhandlungsposition Ägyptens. Die ägyptische Regierung verstehe es, die Furcht Europas vor Flüchtlingen zur Sicherung der eigenen Herrschaft zu nutzen, wie Stephan Roll von der Stiftung Wissenschaft und Politik schlüssig darlegt. Den Preis für diese Machtspiele zahlen die Geflüchteten, die nun in Ägypten festsitzen.

In Alexandria blockiert

In Olas Atelier treffen wir zwei Syrerinnen, Gohar und Sabire, die diese Politik in ihrer ganzen Härte trifft. Gohar kommt aus der Nähe von Damaskus. Vor sechs Jahren ist sie als Touristin mit ihren beiden Töchtern nach Ägypten eingereist. Sie wollte eigentlich nur zwei bis drei Mo-

nate bleiben. Ihr Mann und ihr Sohn waren in Syrien geblieben, doch dann wurde die Gegend um ihr Haus bombardiert und die beiden mussten fliehen. Ihr Mann bezahlte Schmuggler, die ihn nach Ägypten brachten; der Sohn ging in den Libanon. Seither haben sie nichts mehr von ihm gehört. Auch die Töchter sind inzwischen weg, eine lebt in Holland, die andere in Deutschland. Auf der Flucht nach Europa wurden sie festgenommen, geschlagen und sind fast im Mittelmeer ertrunken. Gohars Mann ist an all dem zerbrochen. „Eigentlich ist er erst 60, aber er sieht aus wie 90“, erzählt Gohar. Alles, was sie will, ist ihre Kinder wiedersehen. Doch ihre Versuche, eine Familienzusammenführung in Europa bewilligt zu bekommen, werden wohl vergeblich bleiben.



Selbst aus Syrien geflohen, gründeten die Zwillingsschwester Refaa und Shefaa Alrefaai die Hilfsorganisation Soryana.

„Viele Männer wurden durch die Flucht zerstört“, meint auch Gohars Nachbarin Sabire, die vor fünf Jahren mit ihrem Mann und dessen drei Kindern aus früherer Ehe aus Syrien geflohen ist. Drei weitere Kinder ihres Mannes sind in Syrien geblieben, von einem haben sie schon lange nichts mehr gehört. Auch Sabires Mann hat all das nicht verkraftet. Vor drei Jahren ist er gestorben. Daraufhin habe sie den

Job als gelernte Buchhalterin aufgeben müssen, den sie in Alexandria gefunden hatte. Der Chef habe begonnen, ihr als Witwe nachzustellen. Nun muss ihr 21-jähriger Stiefsohn dafür sorgen, dass die Familie über die Runden kommt. „Sein Leben ist vorbei, er ist nur am Arbeiten, und die Älteste wird immer auf Hilfe angewiesen sein“, meint Sabire, die viel Zeit mit der Betreuung ihrer 22-jährigen Stieftochter, die eine Behinderung hat, verbringt. „Unsere Hoffnung ruht auf der 17-Jährigen. Sie kann vielleicht noch etwas aus ihrem Leben machen.“ Auch Sabire möchte nach Europa. Das Leben in Ägypten sei sehr schwer. Die Flüchtlinge hier bekämen so gut wie keine Unterstützung. Die Ausichten, als Stieffamilie mit erwachsenen Kindern über Resettlement nach Europa zu kommen, sind für sie jedoch noch schlechter als für andere. Das weiß auch Sabire.

Kleine Lichtblicke

Viele ihrer grundlegenden Bedürfnisse können nicht erfüllt werden, und doch sind Gohar und Sabire froh um das Kursangebot von Torraha. „Ola ist sehr herzlich und wir lernen hier richtig was“, meinen sie. „Heute Abend gehen wir noch zum Leseworkshop.“ Die 15-jährige Ägypterin Tasabeeh und die 17-jährige Syrerin Aya interessieren sich eher für Film- und Theaterworkshops. Inzwischen ist es normal, dass ägyptische und geflüchtete Kinder zusammen an den Kursen teilnehmen. Aya ist seit sechs Jahren in Ägypten. Bei einem Theaterworkshop haben sich die beiden kennengelernt und sind Freundinnen geworden. Beide sind froh über das Kursangebot, durch das man mehr über eigene Interessen erfahre und selbstbewusster werde. So selbstbewusst, dass ein syrisches Mädchen sich in einer großen gemischtgeschlechtlichen Gesprächsrunde wortgewandt darüber beschwert, dass man als Frau in Ägypten auf Schritt und Tritt von Männern angemacht werde.



Die beiden Schwestern Azza und Ola Mandour leiten zusammen die Organisation Torraha for Culture and Arts in Alexandria.

Frauenrechte in Ägypten

In Ägypten ist es um die Rechte von Frauen schlecht bestellt. Nicht nur sexuelle Belästigung ist an der Tagesordnung; über neunzig Prozent der Ägypterinnen in Ägypten werden Opfer einer Genitalverstümmelung und Zwangsehen von jungen Mädchen sind keine Seltenheit. Dass zwei Schwestern eine Organisation wie Torraha gründen und leiten, ist sehr ungewöhnlich für Ägypten. Und doch sind sie nicht die Einzigen. Auch Shefaa und Refaa haben eine Organisation zur Unterstützung von Geflüchteten gegründet. 2012 sind die Zwillingsschwestern im Alter von 21 Jahren aus Damaskus nach Alexandria gekommen, haben später in Ägypten geheiratet und Kinder gekriegt. Schon sehr bald nach ihrer Ankunft realisierten sie, dass viele Syrerinnen und Syrer in Ägypten dringend Hilfe brauchen. Zu Beginn ging es ihnen vor allem darum, Kindern einen ruhigen Ort zum Hausaufgabenmachen zu bieten, da das in den beengten Wohnungen der Flüchtlinge oft kaum möglich sei. Inzwischen haben sie eine Etage in einem Wohnturm am Stadtrand von Alexandria gefunden, wo auch viele Geflüchtete leben, und bieten ein breites Kursangebot für Kinder, Jugendliche, Männer und

Frauen. Von Azza und Ola hätten sie gelernt, wie man indirekt – über Kunst oder andere Angebote – Themen wie Gewalt und Diskriminierung zur Sprache bringt, erzählen Shefaa und Refaa. Im Moment arbeiten sowohl Torraha als auch Soryana darauf hin, weitere Flüchtlingsgruppen zu erreichen, beispielsweise aus dem Irak, Eritrea oder dem Sudan.

In einem Land, in dem Nichtregierungsorganisationen, Menschen- und insbesondere Frauenrechte sowie dissidente Lebensweisen in den letzten Jahren massiv unter Druck geraten sind, ist die Arbeit der beiden Schwesternpaare beeindruckend und extrem wichtig. Ihre kreativen Angebote bringen Menschen verschiedener Generationen und Herkünfte zusammen und bieten geschützte Räume, um sich auszutauschen. Das ist für die Ägypterinnen und Ägypter selbst wichtig, vor allem aber für die Flüchtlinge, die im Transit blockiert sind und mit äußerst schwierigen Lebensbedingungen zurechtkommen müssen.

Ramona Lenz

Arabischer Frühling, Mursi-Regierung, Militärputsch – Ägypten hat turbulente Jahre zwischen Aufbruch und Restauration hinter sich und eine unbestimmte Zukunft vor sich. Der Geist des demokratischen Aufbruchs von 2011 lebt fort – in Basisinitiativen, die sich auf dem Land für öffentliche Gesundheit einsetzen, in Zentren für Folteropfer staatlicher Gewalt oder Initiativen, die in den Elendsvierteln von Kairo und Alexandria für menschenwürdigen Wohnraum kämpfen und Flüchtlinge unterstützen.

Projektstichwort: Ägypten

Common Ground



Foto: medico

Ein weiterer Schritt zur engeren, auch inner-afrikanischen Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen: Das medico-Partnertreffen in Johannesburg.

Gespräche unter Gleichen: Die Partner- treffen in Johannesburg und Amman aus Anlass des medico-Jubiläums

Im Rahmen des 50-jährigen medico-Jubiläums fanden zum ersten Mal in dieser Systematik regionale Partnertreffen zu unterschiedlichen Themen in Salvador de Bahia, in Johannesburg und in Amman statt. Der regionale politische Austausch in Lateinamerika befasste sich mit dem Ende und Scheitern der linken Regierungen, in Jordanien ging es um den „arabischen Frühling“ und seine Folgen, in Südafrika um gemeinsamen politischen Aktivismus und die Machthierarchie in der Geber-Nehmer-Beziehung. Auf allen Treffen kam es zu einem offenen und für viele Beteiligte ungewöhnlichen Austausch. So saßen in Amman arabische und kurdische medico-Partnerinnen und Partner zusammen, die so noch nicht miteinander gesprochen haben. Die Treffen waren ein Lernfeld für medico und seine Partner. Das war das Ziel: einen Gesprächsraum zu schaffen, in dem wir voneinander lernen und in dem wir neue Fragen gemeinsam diskutieren können. Bei allen politischen Unterschieden ist medico und den Partnerinnen und Partnern klar, dass nicht Projekte, sondern eine wirksame globale Öffentlichkeit, die Demokratie, Diversität und soziale Gerechtigkeit zum Ziel hat, die Welt verändert. Dieser Austausch wird Formen der Fortsetzung finden, weil darin auch eine transnationale Öffentlichkeit mit den zuvor genannten Prinzipien und Zielen vorweggenommen wird. Angesichts eines globalen rechtsradikalen Populismus sind solche Verständigungsräume heute mehr denn je nötig.

WER BEZAHLT, SCHAFFT AN?

Beim südafrikanischen medico-Partnertreffen wurden heikle Fragen diskutiert

Am 19. und 20. August 2018 fand im südafrikanischen Johannesburg das zweite medico-Regionaltreffen statt. Auf der Tagesordnung stand das Verhältnis von politischem Aktivismus und dessen Finanzierung. Bereits am Vorabend wurde mit den afrikanischen Partnerinnen und Partnern aus Kenia, Mali, Südafrika, Sierra Leone und Zimbabwe intensiv diskutiert, warum es so schwierig ist, ein Netzwerk afrikanischer politischer Aktivist*innen aufrecht zu erhalten. Schon die Infrastruktur und die strukturelle Asymmetrie erschwert es erheblich. Flüge innerhalb Afrikas sind teuer. Ein Flug von Freetown/Sierra Leone in das nur eintausend Kilometer entfernt liegende Bamako in Mali kostet doppelt so viel wie ein neunstündiger Flug von Frankfurt nach Freetown. Daneben existiert der von der afrikanischen Union 2013 beschlossene gemeinsame afrikanische Reisepass, der ein Reisen auf dem Kontinent ganz ohne Visa-zwänge erlauben sollte, nur auf dem Papier.

Diesen Unbildern zum Trotz gelang die nächsten zwei Tage ein intensiver Austausch, zusammen mit 14 Kolleginnen und Kollegen im „Boardroom“ des Afrikamuseums, unter den Augen des in der Eingangshalle überlebensgroß plakatierten Nelson Mandela. Die Rahmung dieses Treffens war für alle Teilnehmerin-

nen und Teilnehmer besonders. Ausgerechnet über die schwierige Frage des Einflusses externer Geldmittel auf die eigene Arbeit galt es ergebnisoffen und gleichberechtigt zu diskutieren. Alle waren eingeladen, einen Schritt zurückzutreten, um in der so gemeinsam erlangten Distanz zum Gegenstand, einmal frei von Handlungszwängen, in die Reflexion darüber zu gelangen.

Wer bezahlt, schafft zumeist auch an. In Bezug auf internationale Hilfsprojekte folgen aus dieser schlichten Erkenntnis manchmal ganz besondere Härten. Denn die Unterwerfung unter das mit dem Geldfluss einhergehende Diktat kann umso radikaler ausfallen, je weniger finanzielle Gegenmacht die Adressaten von Hilfe haben. Die medico-Partner waren sich darin einig, dass in diesem Zusammenhang die eigene politisch-kritische Positionierung und solidarische Praxis zunehmend Gefahr läuft, hinter die Maßgaben häufig weniger progressiver Geldgeber und ihren auch disziplinierenden Ansinnen zurückstecken zu müssen. Am Ende kann die schwierige Einsicht stehen, ein Projekt auch einmal nicht zu verwirklichen. „Manchmal müssen wir Nein zu Leuten sagen, die unser Projekt kontrollieren wollen und das Geld haben“, so Patrick Mdelethe von Section27 aus Südafrika.

medico nimmt hierbei eine doppelte Rolle ein. Die Organisation ist sowohl Geldgeberin als auch -nehmerin. In Kooperation mit der Europäischen Union beispielsweise unterliegt medico selbst bestimmten Anforderungen in Bezug auf Dokumentation und Projektorganisation. Andererseits kann gegenüber den Partnern eine eigene politisch begründete Vorstellung von Projektarbeit verfolgt werden. Diese fußt nach wie vor in dem Verständnis vom Sammeln und Weitergeben von Spendengeldern und öffentlichen Mitteln als Vorwegnahme einer notwendigen Umverteilung von Nord nach Süd. Daraus

folgen die eigenen Prinzipien eines partnerorientierten Umgangs damit.

Schwierige Einsichten wurden ebenfalls in den Blick genommen: Politischer Aktivismus kann durch Geld auch behindert werden. Von Beginn an müssen solche Arbeiten, die aus der politischen Selbstorganisation entstanden sind, die Gemeinschaften als die Protagonisten und Entscheider stützen. Hilfreiches Geld von außen, das durchaus in Transport und Nahrungsmittel gesteckt werden kann, muss mit den immer schon vorhandenen Ressourcen, und sei es das Gemeinschaftshaus als Treffpunkt, aufgewogen werden. Es ist eine Frage der Geberhaltung, damit solche Initiativen nicht nach einem Wegfall von Mitteln zusammenbrechen. Abu Prima, von NMJD aus Sierra Leone, fasst es so zusammen: „Man muss arbeiten, als ob man nicht mehr da wäre“. Andersherum wurden auch Entwicklungen in den Blick genommen, die nachvollziehbar zu Unmut bei Empfängerinnen und Empfängern von Hilfeleistungen führen können. Menschen in Not müssen mitunter erleben, dass es andere sind, die mit ihren Geschichten von Gewalt, Hunger und Vertreibung sehr viel Geld einnehmen. Wenn bei ihnen am Ende davon nur Almosen ankommen und zugleich noch ihre ehrenamtliche Unterstützung angefragt wird, dann müssen bestehende Systeme der allzu selektiven Weitergabe von Geldern von „oben“ nach „unten“ kritisch hinterfragt werden.

Eine stärkere direkte Finanzierung von Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe wäre also durchaus begrüßenswert, darin war man sich einig. Im Zeitalter der Digitalisierung wird für einen solchen Cashtransfer bereits mittels entsprechender Apps experimentiert. Die Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen verteilen keine Nahrungsmittel mehr, sondern überweisen den Bewohnerinnen und Bewohnern des Azraq-Camps in Jordanien das

Geld auf ihr Handy. Solche Entwicklungen betrachteten die Partnerinnen und Partner nicht nur positiv. Mit der direkten Vergabe von Geldern laufen NGOs nicht nur Gefahr, ihre eigene Legitimationsgrundlage zu verlieren, es droht auch der Verlust bereits gewonnener Errungenschaften: die anwaltliche Parteinahme und Netzwerkarbeit für von Not Betroffene, die aktive Unterrichtung von zu gewährenden Rechten und nicht zuletzt auch das Anstoßen von Prozessen des kollektiven Nachdenkens über Formen der Widerständigkeit gegen Unrecht und soziale Ausschließung.

Es gibt in Fragen der Finanzierung von Hilfsprojekten also nicht die Wahl zwischen Aussteigen und Mitmachen. Es bleibt nur die immer wieder neu anzustoßende distanziert-reflexive Bearbeitung auch der Zumutungen und Möglichkeiten, die mit der Annahme und Vergabe von Geldern immer verbunden sind – und die eigene klare Haltung hierzu. Zugleich braucht es ein Bewusstsein für das Schöne und in Möglichkeit-Seiende, oder wie es Peninah Nafula Khisa von Kaplet aus Kenia am Ende formulierte: „Wir brauchen eine globale Veränderung, um gemeinsam, als Menschen, eine Antwort auf die Frage nach Achtsamkeit und Menschlichkeit zu finden.“

Marcus Balzereit

DER AUFSTAND BLEIBT LEGITIM

Auszug aus der Rede von Ghassan Issa beim Partnertreffen in Jordanien

Ich möchte nicht über die Situation im Mittleren Osten, sondern über die Arabische Welt sprechen. Das Projekt, das mit Befreiung, Men-

schen, Land und Ressourcen zu tun hat, ist für mich nichts, was wir aus unserer Geschichte oder überhaupt der Vergangenheit wiedergewinnen können, sondern ein Projekt der Zukunft – einschließlich des kurdischen Rechts auf Selbstbestimmung.

In der Region leiden die Länder unter undemokratischen Systemen, angefangen bei den wohlhabenden Ölstaaten wie am Golf über Länder wie Ägypten, denen es an sozialer Gerechtigkeit mangelt und die sich in einer miserablen wirtschaftlichen Situation befinden, bis zu den Ländern, die von Kriegen gezeichnet sind, Syrien, Jemen, Libyen, Irak. All das ist das Ergebnis einer langen Geschichte der Unterdrückung, wie sie sich in verschiedenen Formen von Diktatur und Ausbeutung, egal ob Königreich oder Republik, ausdrückt. Die bisher mächtigste Gegenwehr dagegen stellte der Aufstand von 2011 dar. Lasst uns den Begriff „Frühling“ vergessen. Es war kein „arabischer Frühling“. Es war ein arabischer Aufstand.

Der Aufstand war politisch, weil er sich gegen die herrschenden Regime richtete. Er hatte aber auch tiefe Wurzeln in der sozialen und wirtschaftlichen Geschichte der Ausbeutung, die die Entwicklung in dieser Region behindert und zu Armut, Ungleichheit und Unsicherheit geführt hat. Eine Folge davon war die massive Jugendarbeitslosigkeit. Auch der Klientelismus und die Korruption im gesamten arabischen Raum waren Ursachen für den Aufstand. Im Rückblick können wir sagen, dass dieser zum Scheitern verurteilt war, weil er spontan und nicht organisiert war. Die Menschen wollten die Regime nicht mehr, aber es gab kein Programm für die Zukunft. Die progressiven demokratischen Bewegungen, Parteien, Gruppen und andere Akteure der Zivilgesellschaft waren schwach und fragmentiert. Hinzu kommt die Fähigkeit der alten Regime, den Aufstand zu überdauern, und die tief verwurzelten reaktio-

nären religiösen Kräfte. Beide Gruppen erhielten zudem finanzielle, militärische und andere Unterstützung von regionalen und internationalen Mächten.

Es war eine Revolution, die mit zwei Konterrevolutionen konfrontiert war: mit der alten Militärdiktatur und mit religiösen Kräften. Seit sie den Aufstand von 2011 zerschlagen haben, bekämpfen sich diese beiden Seiten gegenseitig. Es ist ungerecht, ich würde sogar sagen reaktionär, das, was jetzt vor sich geht, dem Aufstand von 2011 anzulasten. Hätte der Aufstand gesiegt, hätten wir heute nicht all die Zerstörung. Die organisierte Zivilgesellschaft spielte in den Protesten von 2011 keine wirkliche Rolle, die Mobilisierung geschah spontan und ging über das Spektrum der progressiven Bewegungen in der arabischen Welt hinaus. Danach war sie gespalten. Manche unterstützten angesichts der religiösen Konterrevolution die alten Militärdiktaturen, bei anderen war es umgekehrt. Die Kräfte, die noch immer dafür eintreten, beide Seiten zu konfrontieren, sind inzwischen sehr schwach.

Etwas Ähnliches ist auch in Europa passiert. Dort haben progressive Stimmen aus Angst vor den religiösen Kräften und dem aufkommenden Fanatismus wie dem des „Islamischen Staates“ begonnen, die alten Regime zu unterstützen. Was 2011 geschah, war der Beginn eines Prozesses in unserer Region. Der Aufstand wird wiederkehren, denn die sozioökonomischen und politischen Determinanten des Aufstands bestehen fort. Hier und da bricht er bereits auf, 2015 im Libanon, vor ein paar Monaten in Basra im Süden des Irak, gelegentlich in Tunesien und in marokkanischen Städten.

Die Zerstörung in der Region ist überwältigend, und wir selber können keine Bewegung zustande bringen, die ein Ende des Krieges herbeiführt. Um einen Ausweg zu finden, müssen

wir eine kritische Masse bilden, die politische Handlungsfähigkeit entwickeln kann. Dies sollte Teil unserer Beziehung mit unseren internationalen Freunden sein, deren Unterstützung wir brauchen. Außerdem bleibt es bei den Forderungen der Aufstände von 2011: Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde. Dies lässt sich nur verwirklichen, wenn sich die progressiven Kräfte reorganisieren und verbünden. Die Frage an unsere Partner und Geber lautet daher: Fördert ihr gemeinsame Arbeit? Habt ihr so etwas wie einen gemeinschaftsbasierten Ansatz? Seid ihr dazu fähig, Menschen dazu zu bringen, gemeinsam daran zu arbeiten? All das könntet und solltet ihr fördern. Verschiedene Organisationen sollten anfangen zu kooperieren, Netzwerke aufbauen. Denn unser gemeinsames Ziel besteht nicht darin, Projekte zu implementieren. Im Sinne des Prozesses von 2011 geht es um die Ermächtigung von Menschen.

Übersetzung: Riad Othman

Ghassan Issa ist Arzt und Direktor des Arab Resource Collective in Beirut. Mit medico ist er seit 1982 verbunden.

medico gehört keiner „Familie“ an, wie sich die großen Tanker der global agierenden Hilfsorganisationen nennen. medico hat seinen Handlungsraum immer in Netzwerken gesucht, die vielfältiger, demokratischer und politisch wirksamer sein können, weil die organisatorischen Selbsterhaltungsinteressen nicht alles definieren. Eine solche Idee kostet personelle und finanzielle Ressourcen. Spenden für medico und Fördermitgliedschaften ermöglichen diesen politischen Ansatz.

**Spendenstichwort:
medico international**

Von den Enden der Welt

Berichte aus den unsichtbaren Zonen - eine neue medico-Web-Reihe

Im Jahr 2020 jähren sich zum zehnten Mal zwei große humanitäre und Natur-Katastrophen, die auch medico international stark verändert haben. Das Erdbeben in Haiti im Januar 2010 und die große Flutkatastrophe im Sommer in Pakistan haben der humanitären Hilfe in Deutschland und im Norden der Welt Millionensummen in die Kassen gespült. medico international erhielt in diesem Jahr über acht Millionen Euro Spenden für diese beiden Länder, die sich schwer miteinander vergleichen lassen, die aber eines gemeinsam haben: Fast zehn Jahre später taumeln sie auf den Abgrund zu. Unsichtbar und von der Weltwahrnehmung vergessen. medico aber hat über die jahrelange Kooperation mit Partnern in Projekten, die angesichts der strukturellen Verheerungen insbesondere in Haiti auch die Grenzen einer emanzipatorisch gedachten Hilfe aufzeigten, und durch viele Kontakte zu Intellektuellen vor Ort einen Zugang und eine Augenzeugenschaft erlangt. Es gilt dies zu Papier zu bringen.

Einer dieser Kontakte ist Mark Schuller. Seit neun Jahren will ich Mark Schuller treffen, weil seine Texte eine wesentliche Hilfe waren, um die Ereignisse zu verstehen, die sich nach dem Erdbeben in Haiti 2010 abspiel-



ten. Der US-amerikanische Anthropologe aus Chicago beschäftigt sich seit Jahren wissenschaftlich und als politischer Aktivist mit der Situation in Haiti. Er spricht fließend Kreol, hat Monate, wenn nicht Jahre in Haiti verbracht, und das nicht erst seit dem Erdbeben 2010. Sein teilnehmender und zugleich vorbehaltloser Blick, sein Netzwerk aus Beziehungen und seine Forschungen in den Lagern der Überlebenden des Erdbebens, in denen zeitweise 1,5 Millionen Menschen ausharrten, hat ihn neben dem haitianischen Filmemacher Raoul Peck zu einem der wichtigsten Augenzeugen der Katastrophe nach der Katastrophe gemacht: dem Versagen der internationalen staatlichen und parastaatlichen Hilfe wie der internationalen Nichtregierungsorganisationen.

Der hagere Schuller, der Chicago mit dem Fahrrad bewältigt und eine Thermos-Tasse dabei hat, in die fast ein Liter Kaffee passt, spricht flapsig darüber: „We totally screwed up.“ Wir haben es total vermässelt. Was witzig klingt, ist allerdings zu ernst gemeint. Denn er ist in seiner Kritik unbittlich. Haiti sei das „Waterloo“ der NGOs gewesen. Er zählt auf: Statt die Regierung zu stützen und nach dem zu schauen, an das man hätte anknüpfen können, habe es eine „Tabula-Rasa-Mentalität“ gegeben. Das UN-Lager, eine Zeltstadt, die Schuller als Militärbasis der UNO bezeichnet, sei quasi der Regierungssitz gewesen. Dort sprach man Englisch, Haitianer kamen nur mit Sondergenehmigung hinein. Schuller berichtet, er hingegen habe einfach so hineingehen können.

Heute, neun Jahre nach dem Erdbeben, zeigt sich dieses erschütternde Scheitern auf dramatische Weise. Die gebildete junge Mittelschicht verlässt zu Hunderttausenden das Land. Die Regierung oder besser das, was von ihr noch übrig ist, ist selbst nach einem zehneckündigen Erdbeben der Stärke 5,8 im Oktober 2018 in einem Dorf im Norden bereits auf internationale Hilfe angewiesen. Und die Straßenränder des Landes sind überfüllt mit Menschen, die im Staub auf notdürftig ausgebreiteten Decken irgendwelche Kleinigkeiten verkaufen. Was nach dem Erdbeben eine sinnvolle Überlebensstrategie war, ist zum Dauerzustand geworden. Für Schuller ist klar, warum: „Die Internationale Hilfe hat die sozialen Netzwerke, sozialen Institutionen, die Tradition des Teilens und den Zusammenhalt der Familien zerstört.“ Die kulturellen Annahmen und die Weltansichten der humanitären Hilfe müssten überwunden werden, wenn man die Fehler von Haiti nicht wiederholen will. Dafür sehe er bislang keinen Ansatz. Bis dato galt die Zauberformel, dass NGOs die Probleme lösen. In Haiti sei klar geworden, dass es ohne eine soziale Infrastruktur und eine legitime Regierung nicht geht.

Es gibt wenige so einleuchtende Beispiele wie Haiti, die zeigen, wie sehr der Kolonialismus und die bis heute fortgesetzte koloniale Haltung des Westens ein freies Haiti unmöglich machen, obwohl oder vielmehr weil die



Sklaven Haitis die ersten waren, die sich 1805 selbst befreiten. Am Beispiel von Haiti und anderen Regionen, zu denen medico aufgrund langjähriger Partnerbeziehungen über eigene Zugänge verfügt, wollen wir von diesen Enden der Welt erzählen, die auch das Ende, also das letzte Ziel, der herrschenden Ordnung sind. Dabei geht es uns nicht darum, in dieser ohnmächtig auf den Abgrund zu taumelnden Ordnung Hoffnung zu stiften, die keine ist. Stattdessen versuchen wir, uns mit der haitianischen, aber auch mit der pakistanischen Erfahrung auseinanderzusetzen, die im medico-Kosmos ebenfalls 2010 begann.

Unser eigenes Ende, also unser Ziel wäre, daraus eine an diese Bedingungen gekoppelte neue Erzählung der Befreiung zu entwickeln, ein anderes Narrativ der Globalisierungskritik und der Ambivalenzen in der Globalisierung. Wir wollen Erfahrungen von den Enden der Welt sichtbar machen, um sie zu Ausgangs- und Bezugspunkten einer vielleicht trotz allem möglichen gemeinsamen Welt-Bürgerschaft werden zu lassen. Dabei folgen wir einer Methode, die der Theatermacher Milo Rau in seinem Stück „Mitleid. Die Geschichte des Maschinengewehrs“ als die Methode der Verwandlung von implizitem in explizites Wissen bezeichnet. Implizit, uneingestanden, jedenfalls ohne ausdrückliches Bewusstsein wissen wir alle um unsere Verantwortung für die Enden der Welt. Doch nutzen wir dann ausgerechnet unser Mitleid, um diese Verantwortung nicht zu sehen und nicht wahrzunehmen. Wäre dieses Wissen explizit, müssten wir weitaus radikaler über Erfahrungen wie die haitianische oder pakistanische nachdenken, um ganz andere Vorstellungen von Solidarität und Internationalismus zu entwickeln.

Am Anfang der Reihe, die wir auf der medico-Webseite beginnen, steht deshalb das Interview mit Mark Schuller. Einmal monatlich wird es Texte und Reportagen geben, die sich bis zum zehnten Jahrestag des Erdbebens im Januar 2020 mit verschiedenen Aspekten der haitianischen Wirklichkeit beschäftigen, die immer in das Verhältnis zu uns gesetzt werden. Hinzu treten Erfahrungen aus Pakistan: Die großen Fluten von 2010 waren ebenso einschneidend für unsere Weltwahrnehmung, weil sich nun die Wirklichkeit eines großen asiatischen Landes vor uns auftat, die nur aus der Kolonialgeschichte heraus zu erzählen ist. Unter ganz anderen Bedingungen bewegt sich auch dieses medico-Projektland auf einen Abgrund zu, gegen den der syrische Bürgerkrieg nur ein bitterer Vorgeschmack sei. Werden wir aus der Peripherie schauend das Zentrum besser verstehen und verändern können? Das zumindest ist unsere Absicht.

Katja Maurer

medico.de/enden-der-welt

medico aktiv



Foto: Gordon Welters

Historische Chance

Menschenrechte vor Profite: medico und Attac starten Kampagne

Es ist etwas in Bewegung geraten: Nach Jahrzehnten des Mantras freiwilliger Selbstverpflichtung im Interesse des Weltmarkts soll ein internationales Vertragsabkommen – eine UN Treaty – Klagemöglichkeiten für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen entlang der globalen Produktionsketten schaffen. Die Vereinten Nationen wollen die unerträgliche Schiefelage im Völkerrecht beseitigen, die Wirtschaftsunternehmen mehr Rechte und juristischen Schutz einräumt als Menschenrechten, für die nur freiwillige Prinzipien gelten. Das würde das Zeitalter der Straflosigkeit beenden, für das Rana Plaza, Deepwater Horizon und Bhopal als tödliche Mahnmale stehen. Mehr als 100 Mitgliedsstaaten beteiligen sich bereits. Doch der Durchsetzung so fundamentaler Veränderungen stehen kolossale Machtinteres-

sen entgegen. Regierungen, Unternehmen, elitäre Netzwerke – sie alle bekämpfen sie aufs Äußerste. Ignoranz und Sabotage lautet auch die Devise der Bundesregierung, die sich wie viele andere Industrienationen nicht direkt an den UN-Gesprächen beteiligt. Besonders perfide ist die Strategie einiger Staaten, den Vertrag zu verwässern: Freihandelsabkommen und Geschäfte von internationalen Finanzinstituten sollen von dem UN-Vertrag ausgenommen werden. Diese historische Chance für einen rechtsverbindlichen Schutz der Menschenrechte darf nicht vergeben werden.

Unterstützen Sie die Kampagne Menschenrechte statt Profite von medico und attac. Infos, Unterschriftenlisten und mehr unter medico.de/menschenrechte-vor-profite

Trauma und Resilienz

Tagung zu den Herausforderungen in der psychosozialen Arbeit

Resilienz ist ein unmenschlicher Diskurs geworden, der von Menschen verlangt, mit jedweder Krise alleine fertig zu werden. So die vorherrschende Kritik auf der transnationalen Tagung „Trauma und Resilienzpolitiken – zwischen Empathie und Stigmatisierung“, die am 20.10.2018 im medico Haus in Frankfurt mit über 140 Gästen stattfand. Teilnehmerinnen aus dem Irak, Kurdistan, Libanon, Marokko, Ägypten, Türkei, über Afghanistan, Sierra Leone bis zu Polen und Italien diskutierten über die Herausforderungen und Dilemmata, mit denen die psychosoziale Arbeit heute konfrontiert ist. Sie berichteten, dass der sich rapide ändernde Kontext durch die Syrienkrise und die europäische Abschottungspolitik gravierende Folgen für die betroffenen Individuen,

aber auch die psychosoziale Arbeit hat: Von Geflüchteten, die in Polen ohne gesundheitliche Versorgung in geschlossenen Lagern weggesperrt werden oder in Deutschland aus der Psychiatrie heraus abgeschoben werden; von den patriarchalen Verstörungen, die die IS-Herrschaft im Irak zurückgelassen hat, und einer fremdbestimmten Hilfe, die lokale Frauenorganisationen eher marginalisiert als unterstützt. Statt auf eine Logik der Zerstörung mit „Resilienzstärkung“ zu antworten, forderten die Kolleginnen, die Verletzlichkeit des Menschen zu verteidigen. Das bedeute, als psychosoziale Helfer den verletzenden Bedingungen gegenüber Stellung zu beziehen. Gesprochen wurde auch über alternative, emanzipatorische Praxen psychosozialer Arbeit die im Kern oft eines gemeinsam haben: Solidarische Beziehungen.

Mehr im Dossier unter medico.de/resilienz

Dem Dilemma entkommen

Debatte um Hilfe: medico auf dem DZI-Jubiläum

„Wer Gerechtigkeit zu fordern hat, dem sei mit den Almosen der Wohltätigkeit nicht gedient. Die Wohltat befriedigt oft nur den Geber, während sie in vielen Fällen den Empfänger beschämt.“ Diese Sätze könnten von medico stammen. Tatsächlich gesagt hat sie Georg von Gizycki, einer der Gründer des „Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen“, das vor 125 Jahren als Auskunftsstelle der „Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur“ entstand. Seit 1991 prüft das DZI die Verwendung von Spendengeldern bei Nichtregierungsorganisationen. Auch medico trägt seit Jahren das DZI-Spendensiegel. Anlässlich des 125-jährigen Jubiläums des Instituts war medico-Geschäftsführer Thomas Gebauer ge-

laden, auf dem Festakt in Berlin über Hilfe in der heutigen Zeit zu sprechen. Gizyckis Worte von 1893 aufgreifend, machte er deutlich, dass Hilfe noch immer vor dem gleichen Dilemma steht: Not abzufedern, aber nicht aufzuheben; als freiwillige Güte gewährt, aber auch vorenthalten werden zu können. Mehr noch: Soziale Arbeit, Entwicklungs- wie Nothilfe gerieten heutzutage im Zuge einer „Verbetriebswirtschaftlichung“ unter Druck, zeitnah quantifizierbaren Output nachweisen zu müssen. Damit aber, so Gebauer, werden genau die Ansätze delegitimiert, die aus dem Dilemma herausführen könnten – sei es die Schaffung von Vertrauen zwischen Kooperationspartnern, sei es die Förderung partnerschaftlicher Prozesse. Gebauer betonte: Hilfe, die wirklich hilft, versucht, die Verhältnisse zu verändern, die immer mehr Hilfe nötig machen.



1



2



3



4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste

1 Plakate 50 Jahre medico international*

„Die Welt ist groß. Rettung lauert überall“ – zum Jubiläum hat medico eine Plakatreihe mit drei Motiven aufgelegt.

2 Plakat WHY?*

DIN A1-Plakat gegen das Sterbenlassen im Mittelmeer. Für das Recht zu bleiben. Für das Recht zu gehen.

3 Warum Menschen fliehen

[32 S.] Mit dieser Broschüre möchten wir Material liefern für informierte, reflektierte und engagierte Beiträge zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Flucht und Migration, die hierzulande zunehmend von Angst und Ausgrenzung bestimmt ist. Herausgegeben von medico international und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

4 stiftung medico international

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

5 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[28 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen.

6 Häuser der Hoffnung

Info-Flyer. Nachdem 500.000 Menschen im Zuge der Vertreibung durch das türkische Militär im Südosten des Landes ihr Zuhause verloren haben, unterstützt eine medico-Kampagne den kurdischen Wiederaufbau. Der Flyer informiert über die Fördermöglichkeiten.

7 Europa ist Exportweltmeister

12-seitige Kurzbroschüre zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Herausgegeben von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl.

Ohne Abb.: Hilfe im Handgemenge

[Infolyer] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/ Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

Ohne Abb.: Globale Gesundheit

16-seitige Kurzbroschüre. Das Recht auf den Zugang zu bestmöglicher Gesundheit wird weltweit jeden Tag millionenfach verletzt. Der Infolyer stellt die Arbeit von medico-Partnerorganisationen und medicos Engagement in globalen Netzwerken vor. Natürlich kostenlos.

* Die Plakate können kostenlos bei uns bestellt werden. Damit sie unversehrt bei Ihnen ankommen, verschicken wir sie in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende an medico international sehr freuen.

Ich bestelle:

_____ DIN A2 Plakate: 50 Jahre medico

_____ DIN A1 Plakat: WHY?

_____ Broschüre: Warum Menschen fliehen

_____ Broschüre: stiftung medico international

_____ Broschüre zu Testament und Erbschaft

_____ Infolyer: Häuser der Hoffnung

_____ Kurzbroschüre: Europa ist Exportweltmeister

_____ Infolyer: Hilfe im Handgemenge

_____ Kurzbroschüre: Globale Gesundheit

Anzahl

_____ Name

_____ Straße

_____ Ort

_____ Meine Spendennummer

Ich möchte:

kostenlose Materialien bestellen

dass einmalig eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

_____ IBAN

_____ BANK

_____ BIC

_____ Datum

_____ Unterschrift

Bitte einsenden an:

medico international

Lindleystr. 15

D-60314 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02

Spenden und Stiften

Die Hilfe in krisenhaften Zeiten braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen. 50 Jahre medico sind nicht ohne die kritischen und aufmerksamen Wegbegleiter zu denken. Rettung lauert überall – auch in unseren Fördermitgliedern und Unterstützern.

Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Partner hierdurch unabhängig arbeiten können und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Stichwort versehen, dann wird Ihre Spende ausschließlich in der entsprechenden Region bzw. themenbezogen eingesetzt.

Fördermitgliedschaft: Eine Fördermitgliedschaft ermöglicht mit regelmäßigen Beiträgen langfristige und verbindliche Projektkooperationen. Sie hilft, Partner in Regionen zu unterstützen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit liegen, und in Krisensituationen auch dann zu helfen, wenn hier Anteilnahme und Spendenbereitschaft schwinden. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro. Gerne kann der Beitrag individuell höher gesetzt werden. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken!

Spenden und Schenken: Verschenken Sie eine Spende an medico: Ob Geburtstag, Hochzeit, Jubiläum oder Firmenfeier – jeder Anlass eignet sich. Sie können sich auch eine Spende wünschen. medico stellt Ihnen eine Geschenkkarte und Infomaterial zur Verfügung.

Zustiftungen: Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens die Arbeit des Vereins medico international. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: es gibt verschiedene Formen zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Online-Spenden: Unter medico.de/spenden können Sie unkompliziert online spenden oder eine Fördermitgliedschaft abschließen.

Spendenkonto medico international
BIC HELADEF1822
IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00



Das Deutsche Zentralinstitut für Soziale Fragen (DZI) bescheinigt medico international

Impressum

Herausgeber:
 medico international
 Lindleystr. 15
 D-60314 Frankfurt am Main
 Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
 E-Mail: info@medico.de
 Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
 Thomas Gebauer, Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,
 Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Art
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf
 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

einen sorgfältigen und verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.

Spendenquittungen: medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir automatische eine Spendenbescheinigung, spenden Sie regelmäßig oder mehrmals im Jahr, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter

Allgemeine Anfragen zu Spenden, Fördermitgliedschaft und Geschenkspenden

Marek Arlt und Frank van Ooyen
Tel.: [069] 944 38-0, Email: info@medico.de

Zustiftungen, Testamentsspenden und Unternehmensspenden

Gudrun Kortas
Tel.: [069] 94438-28, Email: kortas@medico.de

Spendenaktionen und Kommunikation

Anita Starosta
Tel.: [069] 94438-44 Email: starosta@medico.de

Umzug oder Bankänderung? Bitte teilen Sie uns Ihre neue Adresse oder Bankverbindung, unter Nennung der alten Anschrift, mit. So bleiben wir in Kontakt!

Vielen Dank für die solidarische Unterstützung unserer Arbeit!

Raus aus der Filterblase

Nachrichten, Meinungen und Analysen aus dem globalen Handgemenge

Im **Blog** mischen sich medico-Kolleginnen und -Kollegen in aktuelle Debatten ein und entwickeln Perspektiven im Dialog mit unseren Partnern in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Mit Beiträgen von Thomas Gebauer, Anne Jung, Ramona Lenz, Katja Maurer, Riad Othman, Thomas Seibert u.v.m.

Der **Newsletter** informiert Sie regelmäßig über unsere neuesten Veröffentlichungen, über Hintergründe, Kampagnen und Aktuelles aus dem medico-Kosmos.



In den **sozialen Netzwerken** unterstützen wir Ihren täglichen Blick über den Tellerrand. Verbinden Sie sich mit medico auf Facebook, Twitter oder Instagram



Alle Optionen unter [medico.de/verbinden](https://www.medico.de/verbinden)

„Wenn wir es ernst meinen mit der Unteilbarkeit der Menschenrechte, dann müssen wir aufhören, die Menschen und die verschiedenen Rechtsverletzungen, die sie erleben, gegeneinander auszuspielen. Hören wir auf, die Verzweifelten an unseren Grenzen zu sortieren. Kümmern wir uns lieber um die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Weltverhältnisse. Wer von der Globalisierung profitiert und das Recht auf Freizügigkeit für sich in Anspruch nimmt, darf es anderen nicht verwehren.“

Ramona Lenz von medico auf der #unteilbar-Kundgebung vor 250.000 Menschen am 13. Oktober 2018 in Berlin.

m) 50
jahre
medico international